

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig
L.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich H. Weiserfeld, Magdeburg, für Inserate: Wilhelm Ullrich, Magdeburg. — Druck und Verlag W. Pannsch & Co., Magdeburg, Bernspr. Amt Norden 23861—23863, Lokal 77, auswärts 90 Pf. Abatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung nachtrifft (ab 19 Uhr) 2251. Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2,30, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 18, auswärts 15 Pf., Samstagsausgaben u. Stellengesuche 8 Pf., Verbandskalender 1 mm Höhe 25 Pf., Ankündigung 1 mm Höhe und 90 mm Breite lokal 77, auswärts 90 Pf. Abatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 83 1/2 % Aufschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Platzvorrat unverbündelt. — Erfüllungsort Magdeburg. Postkontokonto 122 Magdeburg.

Nr. 245

Sonntag den 19. Oktober 1929

40. Jahrgang

Sindenburg bedauert und verurteilt das Volksbegehren als unsachlichen und persönlichen politischen Angriff

Berlin, 18. Oktober (Eigener Drahtbericht). Bei dem heutigen Vortrag des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten nahm Herr von Sindenburg Gelegenheit, den § 4 des Volksbegehrens, der bekanntlich die Reichsminister und Beamten bei Unterzeichnung des Young-Planes unter Landesverratsanklage stellen will, als einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff zu bezeichnen, den er bedauere und verurteile.

Der Herr Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, hierbon den Mitgliedern des Reichskabinetts Kenntnis zu geben.

Regierungsrat vom Dienst enthoben

Weil er sich am Hugenberg-Kummel beteiligte

Bei der Regierung in Düsseldorf

Regierungsrat Bierbach bei der Regierung in Düsseldorf ist vom Amte suspendiert worden, weil er einen Aufruf zur Teilnahme an dem Volksbegehren Hugenbergs unterzeichnet hat. Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach ist bereits eingeleitet worden.

Die Dienstenthebung Bierbachs ist vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Bergemann, mit ausdrücklicher Genehmigung des preussischen Innenministers Organski vorgenommen worden.

Bierbach gehörte zur Präsidialabteilung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Er war einer der dem Regierungspräsidenten beigegebenen Räte, befand sich also in einer ausgesprochen politischen Stellung. Die Berliner Zentralstellen sind gewillt, weiterhin gegen Beamte, die wie Regierungsrat Bierbach durch Agitation für das Volksbegehren ihre Beamtenpflichten verletzen, ohne Rücksicht vorzugehen.

Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Auffassung des preussischen Kabinetts hinsichtlich der Teilnahme von Beamten am Volksbegehren und die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu dieser Frage sind vom preussischen Innenminister inzwischen allen nachgeordneten Behörden nochmals schriftlich übermittelt worden. Der preussische Innenminister hat gleichzeitig gebeten, die Erklärungen allen Staats- und Gemeindebeamten zur Kenntnis zu bringen und alle Beamten, die gegen die Auffassung der Reichs- und preussischen Regierung handeln, zu melden.

Die übrigen preussischen Minister werden ähnlich verfahren und die ihnen nachgeordneten Behörden ebenfalls zur Meldung der pflichtwidrig handelnden Beamten auffordern.

Eine deutliche Erklärung

Aachen, 18. Oktober. In einer Besprechung mit den Landräten und den Oberbürgermeistern des Regierungsbezirks wies Regierungspräsident Stieler auf die wirtschaftliche Notlage hin, unter deren Ausnutzung die radikale Opposition gedeihe und die Verbesserung ihrer Verhältnisse zeitige. Was die radikale Opposition in den letzten Monaten an Beschimpfungen und Beleidigungen des Staates und seiner führenden Männer geleistet habe, sei kaum noch zu überbieten. So werde es von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes lebhaft begrüßt, daß Reichs- und Staatsregierung den Kampf mit den radikalen Elementen aufnehmen.

Das Volksbegehren sei ein Ausfluß des Kampfes gegen den Staat und es sei nicht nur Aufgabe, sondern auch Pflicht der leitenden Beamten, daß sie die Regierung in diesem Kampfe unterstützen. Die Zeit sei vorbei, wo sich ein Beamter während der Dienststunden „auf dem Boden der Tatsachen“ stelle und nach Dienstschluss gegen den Staat und seine Symbole agitiere und heze. Die Staatsbürgerlichen Freiheiten müßten eine

Grenze im Treueverhältnis zum Staat und im Dienste finden. Deshalb gehöre ein Beamter, der sich beim Volksbegehren aktiv gegen den Staat betätigt, nicht in den Dienst des Reiches, des Staates oder der Kommune. Für das Rheinland siehe beim Volksbegehren seine Freiheit auf dem Spiele. Die Rheinländer dächten nicht daran, eine Katastrophopolitik mitzumachen.

Kampf auf der ganzen Linie

Die Hugenbergpresse hat bis jetzt an den Ernst des vom Reich und von Preußen angeführten Kampfes gegen ihren Herrn und Meister nicht glauben wollen. Der Spott ist den Herrschaften rasch vergangen. Mit allen Anzeichen der Angst vor der Niederlage muß sie folgende Meldungen verzeichnen:

Zum Osthaveländischen Kreisblatt findet sich folgende amtliche Bekanntmachung:

An die Amts- und Gemeindevorsteher des Kreises.

Um alle Zweifelsfragen auszuweichen, mache ich die Herren Amts- und Gemeindevorsteher darauf aufmerksam, daß ihre persönliche Unterschrift für das gegenwärtig vorliegende Volksbegehren mit ihren Dienstpflichten nicht im Einklang steht.

Aachen, 15. Oktober 1929.

Der Landrat Siering.

In dem gleichen Sinne hat, wie man uns berichtet, gestern vormittag der Landrat des Kreises Teltow den zu ihm betretenen Amts- und Gemeindevorstehern eine Erklärung abgegeben. Es wurde den Herren bedeutet, daß eine Einzeichnung in die Listen oder eine Förderung des Volksbegehrens unter Umständen ein Disziplinarverfahren zur Folge haben würde.

Nach einer uns zugegangenen Mitteilung aus Düpreußen hat der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen die Landräte dienstlich angewiesen, einen Aufruf gegen das Volksbegehren zu erlassen und dafür Unterschriften führender Eingekerkelter zu gewinnen. Er hat sie ferner angewiesen, den Aufruf in den amtlichen Kreisblättern zu veröffentlichen.

Wir können den Herrschaften mitteilen, daß die in den letzten Tagen in ganz Preußen veranstalteten Konferenzen bei den Oberpräsidenten, den Regierungspräsidenten und zum Teil auch bei den Landräten, die sich ausschließlich mit der Abwehr gegen das Inflationsbegehren beschäftigten, in vollster Übereinstimmung mit der preussischen Regierung abgehalten worden sind. In diesen Konferenzen wurde von den maßgebenden Persönlichkeiten entsprechend der Auffassung der preussischen Regierung nicht der geringste Zweifel darüber gelassen, daß gegen jeden Beamten, der sich zum Volksbegehren bekennt, die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Was die preussischen Landräte zurzeit tun, geschieht nicht nur in völliger Übereinstimmung mit den vorgezeichneten preussischen Regierungsinstruktionen, sondern auf deren ausdrückliche Anordnung.

Severing antwortet nicht mehr

Der Reichsausschuh für das Inflationsbegehren hat auch am Donnerstag wieder ein halbes Duzend Erklärungen herausgegeben und, wie in den vorausgegangenen Tagen, Briefe an die Ministerien gerichtet. Die Briefe sind zum Teil eines derart unverständlichen Inhalts, daß sich der Reichsminister des Innern, Severing, zu folgender Antwort gezwungen sieht.

„Am übrigen lehne ich es ab, weiterhin auf Eingaben von Ihrer Seite zu antworten, soweit deren überheblicher Ton

der im Geschäftsverkehr mit Behörden üblichen Gepflogenheiten sachlicher Erörterung widerspricht.“

Magere Einzeichnungs-Ergebnisse

Am Donnerstag zeichneten sich in Magdeburg ein: Altstadt 560, Wilhelmstadt 337, Sudenburg 101, Neustadt 134, Budau 68, Rothensee 8, Cracau 12, Südoß 22, Diesdorf keiner, zusammen wurden am Donnerstag 1237 Unterschriften geleistet, insgesamt in Magdeburg bisher 2700.

Berlin, 18. Oktober. Die Einzeichnungen für das Volksbegehren sind am Donnerstag in Berlin in mehreren Bezirken hinter den Eintragungen am Mittwoch zurückgeblieben. In zahlreichen Städten des Reiches wurden ähnliche Feststellungen gemacht. Auch die Gesamtzahl der am Donnerstag in Berlin erfolgten Einzeichnungen für das Inflationsbegehren ist im Vergleich zu den Einzeichnungen des Vortages zurückgegangen. Am ersten Tage waren genau 20 110 Einzeichnungen zu verzeichnen. Gestern waren es nur rund 17 650.

Eisenbahner in Magdeburg

Von Franz Kähler.

Am 18., 19. und 20. Oktober tagen im Bürgeraal des Rathauses der Hauptvorstand, der Beirat und die Geschäftsführer des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Aus allen Gauen Deutschlands von Süden bis Norden, von der Ost- bis zur Westgrenze kommen 250 Funktionäre dieses Verbandes nach Magdeburg, der gewordenen Kongressstadt, um über aktuelle Eisenbahnerfragen zu beraten. Die Tagesordnung sieht folgende Beratungsgegenstände vor:

1. Die Angestellten und der Verband.
2. Young-Plan und Eisenbahnerpersonal.
3. Tarif- und Rechtsfragen.
4. Beitragsleistung der Mitglieder.

Es ist eine interne Arbeitsatmosphäre. Die ankommenden Delegierten erwarten eine anstrengende Arbeitslast. Infolge der Kürze der Tagung wird es nun leider nicht möglich sein, allen Konferenzteilnehmern das Magdeburg von heute zu zeigen. Die meisten von ihnen werden in letzter Zeit viel von dieser Stadt gesehen haben. Aber besser wäre es, sie könnten sich durch persönliche Eindrücke davon überzeugen, daß das Magdeburg von heute nicht mehr mit der ehemaligen Festungs- und Sauerstoffstadt zu vergleichen ist. Deshalb sei mir gestattet, in ein paar Sätzen Magdeburgs Fleiß zu behandeln.

Unter sozialdemokratischer Führung hat sich Magdeburg zur mitteldeutschen Metropole an der Elbe entwickelt. Die Stadt sucht in weitem Maße soziale Pflichten zu erfüllen. Das beweist am deutlichsten ihr Wohlfahrtsrat. Er betrug vor dem Kriege 1 1/2 Millionen und heute 14 Millionen Mark. Daneben hat die Stadtverwaltung in das Grau der alten Festungsstadt Licht, Luft und Gesundheitsquellen eingebaut, aus denen der Bevölkerung Anmut und Freude entgegenströmt. Die Perle dieser Quellen ist das Rote Horn mit den Ausstellungsanlagen und der Ebert-Brücke.

Magdeburg hat seit zehn Jahren trotz dunkler Vergangenheit an Bedeutung in politischer, wirtschaftlicher, verkehrstechnischer und kulturpolitischer Hinsicht nicht nur im Deutschen Reich, sondern weit über die Grenzen hinaus gewonnen. Aber auch in der Arbeiterbewegung Deutschlands ist Magdeburg als sozialistische und freigewerkschaftliche Hochburg bekannt. Dieser Erkenntnis ist es auch zu verdanken, daß sich der Hauptvorstand des Einheitsverbandes dazu entschlossen hat, eine seiner bedeutendsten Konferenzen nach Magdeburg zu legen.

Schließlich soll aber auch die Bevölkerung Magdeburgs sich ein Bild von der Bedeutung des Verbandes, der in diesen Tagen in den Magdeburger Mauern beherbergt wird, vorstellen. Aus diesen Gründen sei mir gestattet, an dieser Stelle einige Feststellungen zu machen.

Die meistverbreitete Auffassung ist, daß der Eisenbahner-Verband eine ganz junge Bewegung darstellt. Das ist ein Irrtum! Die Geschichte des heutigen Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hatte schon in der Zeit des Ausnahmegerichtes ihre Wurzeln geschlagen. Allerdings wurde erst kürzlich anläßlich der Verschmelzung des Deutschen Verkehrs-

bundes, des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes und des Gärtnerverbandes in einem sehr ernstlichen Betrachtungsartikel der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands als Schützling des Verkehrsverbandes genannt. Jasoohl Schützling! Aber nicht nur um des Schutzes wegen, sondern weil kein Eisenbahner es vor dem Kriege wagen durfte, seine leitende Zeitung zu lesen, viel weniger daran denken durfte, sich zu organisieren. Damals wäre sofort ein Eisenbahnerverband der Auflösung verfallen. Und doch hatten mutige Eisenbahner einen illegalen Verband gegründet, der als Sektion dem Deutschen Transportarbeiter-Verband unterstellt war. Das war der Vorläufer des jetzigen Einheitsverbandes.

Heute zählt der Einheitsverband rund 4 Million Mitglieder. Er ist als sogenannte Gemischtorganisation (die Beamte, Angestellte und Arbeiter organisiert) die größte freigewerkschaftliche Beamtensorganisation in Deutschland, auch nach der Gründung des Gesamtverbandes. Für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mitglieder des Einheitsverbandes sind täglich etwa 28 000 Funktionäre im zähen Kampfe mit der Verwaltung erfolgreich tätig. Die Zahl der Funktionäre setzt sich wie folgt zusammen: etwa 14 000 Mitglieder in den örtlichen Betriebsräten einschließlich der Betriebsobmänner und etwa 4500 Mitglieder in den örtlichen Beamtenspitzen einschließlich der Obmänner. Dazu kommen noch etwa 10 000 Funktionäre in den Betriebs- und Ortsverwaltungen und Bezirksvorständen, 210 Verbandsangestellte und etwa 200 Bürohilfskräfte, die täglich für die Interessen der Mitgliedschaft emsig tätig sind.

In den Bezirksbetriebsräten und im Hauptbetriebsamt sind zusammen etwa 60 freigestellte Kollegen des Einheitsverbandes im täglichen Kampfe mit der Verwaltung für die Interessen des gesamten Personals tätig. 270 Mitglieder des Einheitsverbandes gehören den Bezirksbetriebsräten und 68 Vertreter des Einheitsverbandes den Bezirksbeamtenspitzen an. Von 25 Mitgliedern des Hauptbetriebsamtes sind 19 Vertreter des Einheitsverbandes. Im Hauptbeamtenspitzenrat ist der Einheitsverband durch 4 Mitglieder vertreten.

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß der Einheitsverband im Verwaltungsgebiet der Reichsbahn federführend ist. Als seinen Gegner hat der Einheitsverband die Reichsbahn-Gesellschaft als den größten Arbeitgeber der Welt. Dieser mächtige Arbeitgeber hat in den letzten Jahren nicht nur die Gehalts- und Lohnpolitik in Deutschland diktiert, sondern wiederholt versucht, auch die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen, zuletzt während der Pariser Verhandlungen über den Young-Plan. Neben diesem natürlichen Gegner hat der Einheitsverband einen weiteren, den Teil des Personals, der etwa in 30 kleinen Fachgruppenverbänden zerstückelt ist. Diese traurige Tatsache erzwang gewaltig das Aufwärtstreben der organisierten Eisenbahner.

Die diese Störungen und Hemmnisse zu beseitigen sind, wird die Konferenz in Magdeburg zu beraten haben. Daß dies der Konferenz gelingen möge, wünschen die Magdeburger freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner zum Wohle der gesamten Eisenbahner, zum Wohle der aufwärtstrebenden Menschheit! In diesem Sinne den Konferenzteilnehmern zu ihrem Aufenthalt in Magdeburg ein herzliches Willkommen!

Koalitions-Krise?

Die bürgerlichen Parteien der Reichs-Koalition richten sich auf eine Krise ein. Strejemann ist tot und seine Nachfolgerschaft innerhalb der Deutschen Volkspartei ist heiß umstritten. Werden die politischen Agenten der Industrieverbände und Kongresse sagen, für die Politik die Fortführung privater Geschäfte mit politischen Mitteln ist?

Reinlich dieser Jugenberg mit seinem „Volksbegehren“! Er macht mit seiner „Mittelität“ den großen

Blod der Deutschnationalen aktionsunfähig. Es geht doch gar nicht mehr um das Für oder Wider, um Annahme oder Ablehnung des Haager Abkommens. Es geht ausschließlich um die Frage der innerpolitischen Lastenverteilung. Und in dieser Frage könnten sich Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und auch das Zentrum viel leichter mit den „vernünftigen“ Deutschnationalen verständigen als mit den Sozialdemokraten. Wären bloß nicht Jugenberg und seine wilden Männer — auch bei den Demokraten ist so mancher brave Mann, dessen Herz in allen Fragen der Steuer- und Sozialpolitik viel deutschnationaler schlägt als selbst einzelne Köpfe in der Fraktion Halb und Halb denken.

Der Volksparteiler Kardorff war es, der gleich nach der Rückkehr vom Grabe Strejemanns recht deutlich dem Grafen Westarp winkte. Wer weiß, erlebt Jugenberg mit seinem „Volksbegehren“ eine Niederlage, ist sein Sturz als Herr der Deutschnationalen in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt, und der Herr Graf kann wieder befehlen. Der Prälat Leicht von der Bayerischen Volkspartei hat in Bamberg berichtet, daß auch er ganz gern mit den Deutschnationalen Finanzreform und Finanzausgleich machen möchte — aber eine Mehrheit müßte sich zusammenfinden.

Ja, eine Mehrheit ohne die Sozialdemokraten — und sei es auch nur als Möglichkeit —, um eine PreSSION auf die Sozialdemokraten ausüben zu können, diesen heißen Wunsch hat auch der Prälat Kaas, der Führer des Zentrums. Gestern, am Donnerstag, hat Kaas gegen das „Volksbegehren“ in Vor mund gesprochen. Kaas will eine „Koalitionsmäßig gebundene Regierung“, denn nur diese könne ein einheitliches Reformprogramm auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft der Reichs- und Länderverwaltung und der sozialen Gesetzgebung durchführen. Der böse Jugenberg habe erreicht, daß die Sozialdemokratie in der heutigen Koalition eine Machtposition erhalten habe, die es ihr ermöglicht, ein unorganisches Entwicklungstempo im Staate zu forcieren.

Jugenberg hat die Deutschnationalen wirklich in eine wenig beneidenswerte Lage manövriert. Führerwechsel nach dem „Volksbegehren“? Möglich, daß Westarp wiederkehrt. Was wird aber aus der Deutschnationalen Partei? Und wenn im Jugenberglager erst der Zerfall einsetzt, wenn im „nationalen“ Lager eine Umwälzung erfolgt — wird auch die Deutsche Volkspartei in den Strudel gerissen, und die Demokraten werden, wie überall, auch dabei sein wollen. Ist sich das Zentrum so sicher, daß nicht auch seine Wähler in „neuen Lagern“ ihr Glück probieren?

Die Sozialdemokratie ist dem ihrer Geschlossenheit in der Lage, in Ruhe die Dinge an sich herankommen zu lassen. Wenn sich die Kardorff, Kaas und Leicht an neuen Wehrheits- und Koalitionsbildungen versuchen wollen — die Sozialdemokratie kann abwarten. —

Hindenburg im Nazi-Licht

Der Jugenbergsche Reichsausschluß für das „Volksbegehren“, in dem neben dem Stahlhelm auch die Nationalsozialisten benannt sind, wird nicht müde, dem Reichspräsidenten Hindenburg volle Ergebenheit zu bezeugen, obwohl aus diesen der Versuch ergibt, daß er die Landesverträtische und geschichtsbewußte Politik Strejemanns gebildet und gebilligt habe.

Die Nationalsozialisten sind ehrlicher in der Behandlung ihrer Meinung über Hindenburg. Man muß die kleine Landbesitzer lesen, um sich ein Bild machen zu können. Da muß z. B. in Dierschloffen Wido, ein Reichsausschluß-Versammlung am Dienstag den 15. Oktober. Als Redner trat der Nationalsozialist Rosjatschki aus Berlin. Stahlhelm und Deutschnationale Partei gehören zu den Feindern.

Nach dem Bericht der „Völkisch-Zeitung“, eine offensichtlich unrichtige Darstellung der Redereien in jener Versammlung, legte Rosjatschki zunächst einmal gegen

Strejemann los: „Strejemann ist tot. Aber wir Nationalsozialisten“, so führte Redner aus, „denken nicht daran, ebenso schnell umzufallen wie verschiedene Blätter in Berlin. Wir senken nicht den Kopf. Noch im Grabe versuchen wir den Mann, der diese Politik getrieben hat!“ Strejemanns Einfluß sei auch insofern verhängnisvoll gewesen, als bei der Annahme der Dawesaffäre im Laufe von wenigen Stunden die Deutschnationalen zur Hälfte umgewallen wären.

Nur um des lieben Friedens willen innerhalb des Reichsausschusses, haben sich nach dem Redner die Nationalsozialisten aus der Abänderung des § 4 abgefunden, der ursprünglich auch Hindenburg und Reichsausschuss bedrohte. Die „Völkisch-Zeitung“ berichtet weiter: „Aber wir erklären“, so führte Redner aus, „angesichts der Tatsache, daß die kommunistische Reichstagsfraktion und damit die kommunistische Partei die gesamten Volksgenossen zum schärfsten Widerstand gegen den Young-Plan aufgerufen hat, ist mir der Kommunist lieber als der Reichspräsident v. Hindenburg, der diesen Plan unterschreiben will.“

In der Debatte sprach als Vertreter des Stahlhelms der Lehrer Wegener. Dieser Beamte der Republik tritt zwar auch dafür ein, daß die Minister als Landesverträter gebrandmarkt und ins Zuchthaus gesteckt werden — aber er bat, in Neuierungen über Hindenburg vorsichtiger zu sein. Da kam er bei Rosjatschki böse an. Im Schlußwort bekam die Versammlung zu hören: „Wenn gefagt wird, möchte ich sagen: Hindenburg vorsichtig zu sein, dann möchte ich sagen: Es scheint mir doch etwas anders zu liegen. Wir haben in der Schule gelernt: Der König rief, und alle, alle kamen. Alle riefen damals, und dann kam der König. Die Situation liegt jetzt ähnlich. Was ist das für ein Führer, der erst dann kommt, wenn alle rufen! Wenn Hindenburg die Führerpersönlichkeit ist, dann hätte er schon lange rufen sollen, und zwar schon 10 Jahre früher.“

Günstlich der Frage einer Unterzeichnung des Young-Planes durch Hindenburg, meinte Redner, daß sich Hindenburg auch den Füllfederhalter in die Hand drücken lassen werde.“

Für Strejemann ist es ein Glück, daß er „rechtzeitig gestorben“ ist, denn nach dem Bericht berichtete der Nazi-Redner, daß die Nationalsozialisten den Young-Plan nie und nimmer anerkennen würden, und daß sie für jeden, der diesen Vertrag unterschreibe, nicht nur die Todesstrafe forderten, sondern auch burchführten würden.“

Zuchthausstrafe genügt den Nationalsozialisten noch nicht. Sie fordern die Todesstrafe für jeden, der den Vertrag vom Haag unterzeichnet, und da sie, wie dieser Rosjatschki erklärt, der Heberzeugung sind, daß sich „Hindenburg den Füllfederhalter in die Hand drücken lassen werde“, so fordern sie die Todesstrafe auch für Hindenburg! —

Reichsrichter vor Gericht

Das seltsame Bild, daß sich Mitglieder des Reichsgerichts vor Gericht zu verantworten haben, war am Donnerstag in Berlin zu sehen. Es handelt sich um eine Verleumdungslage des Schriftstellers Leopold Schwarzschild gegen den Senatspräsidenten Reichsgericht Schwarz und den Reichsgerichtsrat a. D. Bemer. Der Prozeß wurde nach mehrstündigen Verhandlungen ohne Ergebnis vertagt.

Schwarzschild hat Anfang 1928 in der „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel den Hebergriff „Ein jahrlängiger Richter“ den Fall Katubowski aufgegriffen und das inwärtigen vollstreckte Todesurteil als „Schurkelei“ bezeichnet. Es war dort die Rede von einer „doppelt abgehüllten Fahrlässigkeit“, die über das Schicksal eines Menschen, über sein Leben, entschieden und zu einem Justizmord geführt habe. Die „Deutsche Richterzeitung“ antwortete darauf im März 1928 mit einem Artikel, überschrieben: „Justizmord? Ein leeres Gerede. Zur Gerechtigkeit des Landarbeiters Katubowski.“ Dieser Versuch, Schwarzschilds Anschuldigungen zurückzuweisen, ließ aus in die Bezeichnung „rechtsbeugender Literat“. Darauf erhob Schwarzschild Beleidigungsklage.

Die Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde zu einem außerordentlich heftigen Redewort zwischen den beiden Anwälten. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi, als Rechtsbeistand des Klägers, stellte den Antrag, zum Beweis der Richtigkeit der Behauptungen seines Mandanten das Urteil des Wiederaufnahmeverfahrens, das diesen Sommer in Reurteil stattgefunden und mit der Verteilung der Brüder des ermordeten Kindes beendet hat, zu verurteilen. Der Vertreter der nicht erschienenen Beklagten, Eljaß, widersprach diesem Antrag aus formalen wie materiellen Gründen. Ein Urteil, das noch nicht rechtskräftig geworden sei, könne nicht als Beweismittel zugelassen werden; außerdem richte sich der Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ gegen das Wesen des Richterturns. Im den Einzelfall Katubowski handle es sich dabei überhaupt nicht.

Das war ein sehr durchsichtiges Ablenkungsmanöver — juristische Quarkspalterei, nichts weiter. Levi konnte auf die Hebergriff des beleidigenden Artikels hinweisen, die ausdrückliche

Zweiten- und Lieberabend

Schubert

Es sind nicht mehr viel Stunden, bis ein ganz besonderer Abend zu verfliegen ist. Das Festspiel des Schubert am kommenden Sonntagabend ist ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht. Die Festspiele sind ein Ereignis, das sich nicht nur in der Welt der Musik, sondern auch in der Welt der Kunst und der Wissenschaften geltend macht.

§ Vor Bericht

Eine schwere Anklage

Ein 57-jähriger Arbeiter stand in der Anklagebank. Ihm wurde vorgeworfen, in einer Julinacht 1929 dreimal den Weichsel bei seiner erst 14-jährigen Tochter Elisabeth vollführt zu haben. Mit dem 31. August war er diehervor in Unterjuchungshaft. Er bestritt die Tat ganz energisch. „Oher hätte ich mir den Hals durchgeschnitten, ehe ich das an meiner leidlichen Tochter getan hätte“, erklärte weinend und allzu verständlich erregt der bisher völlig unbescholtene Mann. Das Durchbare getan zu haben, konnte man auch diesem offen dreinschauenden biedern Arbeiter kaum zu trauen, der durch diese Anklage auch seine Arbeit verlor.

Auf Veranlassung des Richters gab er ein Bild seiner Lebensverhältnisse. Tragödie reichte er an Tragödie. 1908 verlor er durch den Tod seine erste Frau. „Kein fremdes Weib hat meine Schwelle überreitet. Ich habe alles entbehrt.“ 1914 heiratete er wieder. Eine kleine, unansehnliche Frau, die verwachsender Nütze wegen am Stöcke gehen muß. Aus dieser Ehe stammt das Mädchen, das schon früh traurige Neigungen zum Ärger und hartnäckigen Lügen zeigte. Schon als Elf- bis Zwölfjährige schrieb das Kind Briefe und erhielt Briefe von Freundinnen, in denen geschlechtliche Dinge in Ungeheuerlichkeit behandelt wurden.

Aber noch schlimmer wurde die Trübsnis des Mannes durch seine zweite, schon verchiedenlich besetzte Frau. Sie kam mit ihrem Arbeitslohn nicht aus. Krach, Zwist. Sie kaufte Waren auf Abzahlung, er mußte dafür einstehen. Das Kind erzog sie hinter seinem Rücken in ihrem Sinne. Ohne sein Wissen schickte sie Elisabeth mit Wäsche und andern Gegenständen des Haushalts zum „Versehen“. Daß sich so widerliche Familienszenen abspielten mußten, bei denen nicht selten die Tochter Augen- und Ohrenzeuge war, ist wohl erklärlich. Das Mädchen hielt zur Mutter, auch wenn diese des Vaters nach vorausgegangenem Streite berließ. Auch nur so läßt es sich erklären, daß Elisabeth sich von dem Vater entfremdete und es immermehr mit der Mutter hielt. Das aber war dem Vater das Uebelste, daß die Mutter auf Abzahlung kaufte, Sachen verlor und dann noch unter Varnen und Stöhnen gegen seinen Willen zum Wohlfabrikant ging und sich mit allen möglichen Unrührigkeiten befaßte.

Sein Geburtstag — 17. Juli — rückte heran. Er wollte Freude haben. Drum hat er seine Tochter, die als Hausmädchen in Mothensee wohnte, zur Geburtstagsfeier zu kommen. In der Stadt lief er umher, seine Frau, die wieder wegelaufen war, zu suchen. Sie sollte wieder kommen. Sie wollten zusammen feiern. Die Mutter kam nicht. Und das Mädchen erst abends um 7 Uhr. Eine Stunde später brachten sie den Geburtstagsgeschenk zur Strassenbahn. Dann gingen beide mit noch zwei andern Verwandten in ein Lokal. Und von dort nach Hause. Nun soll sich das abgepielt haben, was dem Vater zur Last gelegt wurde.

Elisabeth kam als erste Zeugin in den Saal. Sie verweigerte die Aussage. „Mache meiner Frau gegen mich“, jagte der Angeklagte. Sie ging zur Polizei und machte die Anzeige. Der Staatsanwalt verzichtete sofort auf die Vernehmung weiterer Zeugen. „Was der Angeklagte sagte ist glaubwürdig.“ Die Vernehmung der Aussage der einzigen Belastungszeugin läßt allerhand Schlüsse zu. Die mehrfache Verstrafung der Frau dazu. Kreispruch und sofortige Haftentlassung. Das Gericht schloß sich dem Antrag nach kurzer Beratung an. Der Mann war frei.

Zuchthaus für verurteilten Gattenmord

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin stand am Mittwoch der bisher unbestrafte Verurteilte Alfred Weber, der im Sommer dieses Jahres verurteilt wurde, seine Frau durch Gas zu töten. Er durchschnitt den Gas Schlauch, nachdem seine Frau sich zur Ruhe gelegt hatte, und trieb sich bis gegen Morgen umher. Als er bei seiner Heimkehr bemerkte, daß seine Frau zur rechten Zeit aufgewacht und für Verfestigung des Schadens gesorgt hatte, um sich dann wieder schlafen zu legen, ging er zu einem regelrechten Gasüberfall über, indem er das Gas durch einen dünnen Schlauch, den er mit dem Schlüsselloch verband, in die Schlafkammer einzuführen veruchte. Bevor ein Unglück geschah, bereute er seine Tat und brach die Aktion ab. Da das Ehepaar sich inzwischen voll ausgesöhnt hat und festgestellt wurde, daß Weber seinerzeit unter hart nervösen Erscheinungen litt, wurde der Angeklagte zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, ohne Aberkennung der Ehrenrechte. Das Gericht sprach sich außerdem ausdrücklich für Begnadigung aus.

Das Ende einer Einbrecherbande

Zuwelendiebstahl machten seit einiger Zeit Wien unsicher. Sie raubten aus einem Geschäft Schmuckstücken und Uhren im Werte von 30 000 Schilling; auch in Privatwohnungen wurden auffallend viel Einbrüche verübt, bei denen die Verbrecher es lediglich auf Wertgegenstände abzielten. Der Schaden war beträchtlich. Den Erhebungen der Wiener Polizei ist es nunmehr gelungen, einen der Komplizen, die die Serieneinbrüche auf dem Gewissen haben, zu verhaften. Man fand in der Wohnung seiner Geliebten in

Halsmannprozeß beginnt wieder

Der alte Gerichtshof verhandelt.

Die Verhandlungen im Halsmann-Prozeß haben nach fast vierwöchiger Pause am Dienstag früh wieder begonnen. Die Zusammenkunft des Gerichtshofs und der Geschworenenbank ist unverändert. Auch Staatsanwalt Dr. Hohenleitner und die Verteidiger Dr. Fehler und Dr. Mahler sind wieder zur Stelle. Der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsdirektor Ziegler, begrüßte die Geschworenen und richtete an sie die Mahnung, alle Einflüsse, die während der Verhandlungspause etwa draußen auf sie eingewirkt haben sollten, aus ihrem Bewußtsein auszuschalten. Er gibt dann ein ausführliches Resümee des bisherigen Ganges der Verhandlungen, wobei auch große Stücke des Protokolls zur Berlesung kommen.

Das Fakultätsgutachten.

Die Hauptbelastungsmomente gegen den Studenten Halsmann waren der objektive Befund am Tatort und seine eigne Darstellung vom Abstrich des Vaters. Diese stimmte mit jenem nicht überein. Halsmanns Erklärungen in der ersten Verhandlung schienen an den Haaren herangezogen. Der Lokaltatort dieser Verhandlung wollte ihm aber recht geben: sollte er letzten Endes doch einer Erinnerungsfälschung zum Opfer gefallen sein? Es ergab sich, daß tatsächlich 200 Schritte von der Abstrichstelle der Straße des Vaters gut vernehmbar gewesen sein mußte, daß an dieser Stelle das Abstrichen den Abhang entlang nicht zu sehen war — Halsmann hatte das von Anfang an behauptet — und daß schließlich nur wenige Sekunden erforderlich waren, um den Abhang hinunter- und hinaufzulaufen.

Hatte Halsmann seinen Vater abstrichen sehen? Er ist kurzfristig, in Entfernung von 10 Meter kann er kaum eine bestimmte Person erkennen. Wie sollte er da seinen Vater 200 Schritt weit jüngen sehen? So konnte der Schrei des Vaters nichts anders als die Vorstellung von einem Sturz in ihm auslösen haben, und diese innere Vorstellung hatte er mit in als Tatsache hingenommen. Seine Angaben zu Protokoll waren nichts anders als logische Schlüsse — gestand der Untersuchungsrichter. Das Fakultätsgutachten aber ließ die Kurzfristigkeit des Angeklagten unbeachtet und erzwang überhaupt nicht Erinnerungsfälschungen und sah das Motiv zur Tat im Oedipus — Komplex — in der Bindung an die Mutter und im Haß gegen den Vater — im Gegensatz zur privaten Meinung des Prof. Grismanns. Die Verteidigung forderte Nichtverlesung des Fakultätsgutachtens und Anhörung eines Psychologen. Das Gericht glaubte sich aber nicht berechtigt, über das Fakultätsgutachten hinweg einen Psychiater zu befragen; es beschloß, die Fakultät in Anbetracht der vielen neuen Momente um Heberprüfung ihres eignen Gutachtens zu ersuchen. So kam es zur Vertagung. Die Verteidigung hat bereits vor Monaten vergeblich

auf die Kurzfristigkeit des Angeklagten als entlastendes Moment hingewiesen.

Der Leumund des Angeklagten war der denkbar beste. Je weiter, um so mehr entstand im Gerichtssaal eine einheitliche Stimmung für den Angeklagten. Selbst Melodramatik schien hier tragisch zu wirken. Es gab viel Mühnung, viel Tränen auf der Zeugenbank und im Zuhörerraum. Theater? Auch die Herzen der Geschworenen sind nicht aus Stein.

Raubmord, nicht Vatermord.

Für den Angeklagten schien auch der grauenhafte gerichtliche-medizinische Befund zu sprechen. Konnte ein so liebender Sohn, dessen Briefe von Zärtlichkeit zum Vater überfließen, den Kopf seines Vaters zu einer einzigen blutigen Masse herrichten? Etwa 20 Stiche zeigte der Schädel, darunter drei tödliche Wunden. Unmöglich, sagt die Verteidigung! Ein Raubmord war es, der die Tat begangen!

Während der alte Halsmann sein Bedürfnis berichtete, versetzte der Mörder ihm mit einem Steine den ersten Schlag. Der kurzfristige Sohn brauchte den Täter nicht gesehen zu haben, brauchte auch nicht bemerkt zu haben, wie der Vater zum Abhang geschleift und hinuntergestürzt wurde. Er hörte nur einen Schrei, lief herbei, rannte hinunter, hob des noch lebenden Vaters Kopf aus dem Wasser und raufte davon, um Hilfe zu suchen. Diesen Augenblick benutzte der Räuber, um sein Werk zu vollenden: Er löste sein Opfer mit weiteren Steinschlägen und raubte es aus. Ist der Preis der Unschuldabemweife nicht bereits geschlossen? — fragt die Verteidigung. Es war Raubmord, nicht Vatermord!

Wird man den Mörder finden?

Merkwürdig: den Mörder haben die Verteidiger nicht genannt, abgleich sie es feierlich angekündigt hatten. Mehr als ein anonymes Brief bezeichneten den Wirt der Dominikushütte, den Hauptbelastungszeugen, als Mörder; er habe sein Unwohlsein am Unglückstage nur simuliert, seine Geschäfte seien schlecht gewesen, und so habe er sich finanziert wollen. Auch ein gewisser Auer bezeichnete den Wirt als Mörder. Dieser Auer erschien eines Tages beim Verteidiger, ging mit diesem auch zum Staatsanwalt, verschwand aber, als er vom Untersuchungsrichter vernommen werden sollte. Drei andre Leute bezichtigten sich selbst, die Mörder zu sein. Wieder einer erklärte sich bereit, die Mörderrolle gegen Bezahlung von 5000 Schilling zu übernehmen. Immer neue anonyme Briefe erhielten Gericht und Verteidiger, mitunter voll wüster Beschimpfungen sämtlicher Prozeßbeteiligten. In einem hieß es gar, eine Biene habe den alten Halsmann hinabgestürzt. Und als die Spannung der Innbrüder Öffentlichkeit ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam die kalte Dusche der Vertagung.

Man kann auf das Gutachten und das Urteil gespannt sein.

13 Tote bei einem Gefangenen-Aufland in Canon City

Das brennende Gefängnis (Funkbild).

Die Zustände in amerikanischen Gefängnissen häufen sich. In Canon City, Colorado, tobten die Aufständischen 6 ihrer Wächter. 16 Stunden wurde das Gefängnis umkämpft, da kein Gefangener sich ergeben wollte. Schließlich geriet das Gebäude in Brand. 7 Gefangene kamen in den Flammen um. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 2 Millionen Mark.

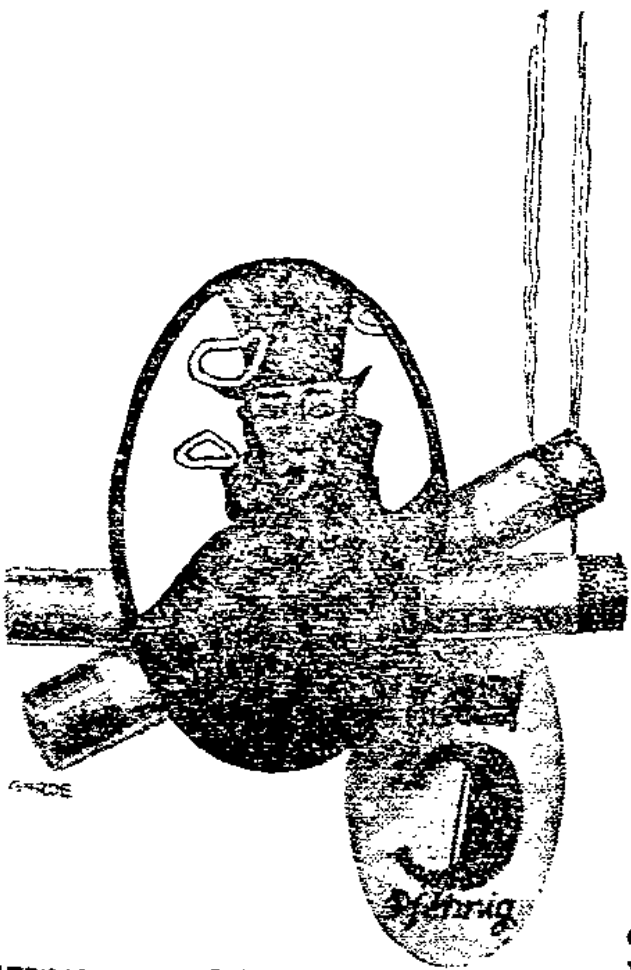


Matratzen eingeküßt, in einem Topfe, der mit Semmeln überdeckt war und in andern Vertiefen ein ganzes Warenlager von Uhren und Schmuckstücken.

Ein jeltjamer Zufall will es, daß auch in Villach ein junger Mann verhaftet wurde, der goldene Uhren an Zuwelendiebstahl zum Verkauf anbot. Er stellte sich als der Kompanion des in Wien Verhafteten heraus. Man fand unter seinem Gepäc nicht weniger als 12 goldene Herrenuhren, 18 goldene Damenarmbanduhren, 14 Paar

wertvolle Uhrgehänge, Ringe und andre Schmuckstücken im Gesamtmerit von etwa 100 000 Schilling. Die Beute stammt aus den in Wien begangenen Einbrüchen. Der in Wien verhaftete Verbrecher ist ein wiederholt bestraffter Monteur; bei dem Villacher handelt es sich um einen 23-jährigen Hilfsarbeiter, der einer Bande von Willeneinbrechern und Postkastenklattern angehört hat, die im Jahre 1925 die österreichische Landeshauptstadt unsicher gemacht haben.

Lesmona gibt ihr Bestes!



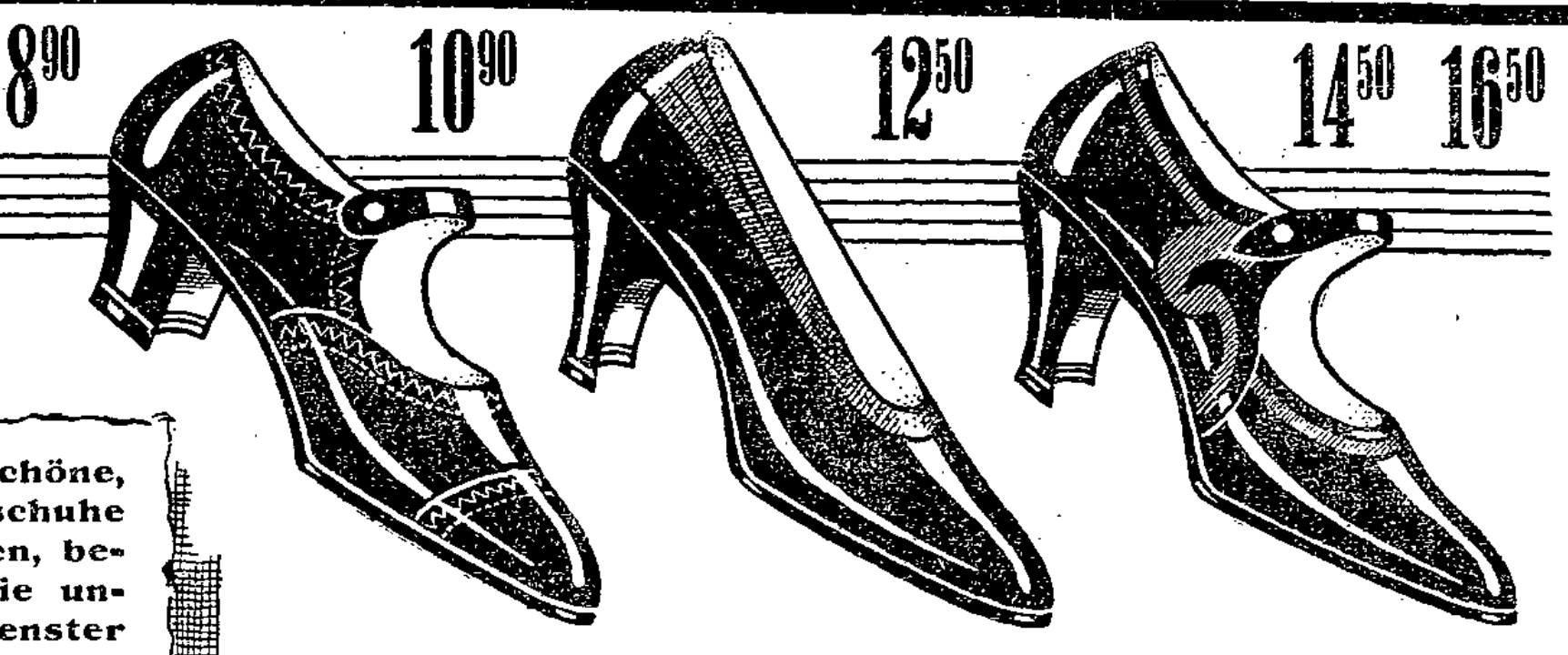
Die gründliche Neuorganisation unseres ganzen Betriebes, neue, erstklassige, mit den modernsten Fabrikationsmethoden vertraute Fachkräfte sowie die Verarbeitung nur der edelsten Tabaksorten ermöglichen es uns, Zigaretten in den Handel zu bringen, die alle Ansprüche verwöhnter Kenner befriedigen. Lesmona-Zigaretten bieten Ihnen einen Rauchgenuss von erlesener Reichhaltigkeit. Gehen Sie bitte in den nächsten Laden und machen Sie einen Versuch mit unserer Standardmarke

Wappenschild in neuer Mischung.

Sie werden von der überlegenen Qualität dieser feinen Zigarette begeistert sein

Lack

Wenn Sie schöne, neue Lackschuhe sehen wollen, besichtigen Sie unsere Schaufenster
Wenn Sie schöne Lackschuhe vorzuziehen wollen, kommen Sie zu uns



Durch schärfste Kalkulation und gemeinsamen Einkauf durch Rheinischen Konzern erhöhte Leistungsfähigkeit, bessere Qualitäten, billigere Preise

Schuh-Masting

Alter Markt 14, ganz dicht am Rathaus
Halberstädter Strasse 116

Heute
Ausnahmetag für OTTO-Margarine
10% Rabattmarken 10%
Extra Qualität .. Mk. 1.10 das Pfund
II. Qualität Mk. 1.00 das Pfund
Wer diesen Butterersatz noch nicht kennt, sollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, ihn zu probieren.
Die Qualität ist einer Empfehlung wert.

OTTO TOEPFER

Butterhandlung zu den drei Kronen

Pelz-Sternau
Alter Markt 32, 1 Tr. über Toepfer
Vom rohen Fell zum fertigen Pelz ohne Zwischenhandel der billigstmögliche Preis.

Geflügelhalter
brecht mit der einseitigen Körnerfütterung! Füttert das Jahrbelang bewährte Mischfutter
Farmlegemehl und Körnerkraftfutter Magut
oder Geflügelhefepulver und Futtebrot zur Selbstherstellung mit wirtschaftlichen Futtermitteln, dann werden die Eier im Herbst und auch im Winter bei der strengsten Kälte nicht fehlen.
Bezirksniederlage und Großvertrieb
Hennenberg & Co. Nachf., Magdeburg
Kölner Straße 19. — Telefon 337, 391 und 397.
Für Verbraucher ermäßigter Preis:

Ich habe mich in **Möckern** als **Hebamme** Siedlung 5 niedergelassen
Telephonisch zu erreich. durch **Nr. 81**
Frau Irma Arndt.

Grümmerswald-Salbe
-Zäpfchen
-Tee
Hof-Apotheke, Breiteweg 158

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, den herrlichen Blumen-schmuck sowie für das ehrende Geleit beim Beimgange unter lieben Worten, der Witwe

Karoline Philipp
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Bewohnern des Hauses Et-Michaelstraße 42 herzlichsten Dank. Insbesondere Herrn Pastor Litzmann für seine trostreichen Worte.
In tiefstem Weh
Die Kinder nebst Entgeltkindern

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Verwaltung Magdeburg.
Magd. 1.
Am 17. Oktober starb unser Mitglied **Fritz Lies**
35 Jahre alt, an Herzversagen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Reichsadler-Friedhofs aus statt.
Die Beerdigung.

Beih. Kinderwag. zu 100,-
Wäschmasch. Coburgia, wenig benutzt, verkauft 20,-, Goethestr. 41

Gegen Maden-Spaltwürmer Bandwurm
sind erprobt wirksam die **Cinatin-Wurmmittel**
Victoria-Apotheke
Otto-von-Guericke-Str. 94b.

Am Donnerstag den 17. Oktober entließ nach schwerem Leiden mein lieber Mann, mein herzenguter Vater, der Invalide
Fritz Lies
im Alter von 35 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen
Martha Lies geb. Bothe und Sohn.
Die Beerdigung findet am Montag den 21. d. M. nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Reichsadler-Friedhofs aus statt.
3141

Beachten Sie unser billiges **Möbel-Angebot**
Unsere Preise
sind den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt, außerdem sind wir in der Lage, Ihnen eine Auswahl zu bieten, die Ihre Wünsche erfüllt. Bestimmen Sie sich, unter Lager zu beschäftigen, wir tragen allen Ihren Wünschen Rechnung.

Schlafzimmer in all. Holzarten
525.- 575.- 630.- 720.-
775.- 810.- 890.- 980.-
bis 1650.- etc.

Speisezimmer in eich. birke und Buchbaum komplett
540.- 620.- 670.- 720.- 760.-
830.- 870.- bis 1700.- etc.

Herrenzimmer in eich. u. nussbaum, komplett
570.- 620.- 690.- 740.-
825.- bis 1475.- etc.

Rüchen natur lackiert und lackiert, komplett mit Armaturen
225.- 260.- 295.- 345.-
370.- 410.- bis 500.- etc.

Jürgens & Co.
Kreuzgangstraße 1/2
altes Zeughaus, Eingang Domplog.
Ermäßigte Zahlungsbedingungen.
Transport mit eigenem Kraftwagen.

Auf **Teilzahlung** empfehle ich bei **20% Anzahlung** u. niedrigen Wochen- oder Monatsraten
Herren-Anzüge
Damen-Kleider
Möbel
Schlafzimmer, Speisezimmer, Rüchen, Einzelmöbel
Margulies
nur Breiter Weg 82, I früher 81/82
Kredit nach auswärts bei Fabrikvergütung.
Alte Kunden und Beamte evtl. ohne Anzahlung.

Heute
Geschäftsübernahme u. Eröffnung
der **Rind- und Schweineschlachtere**
Große Schulstraße 9.
Spezial: Hannoverische Art.
Um günstigen Zuspruch bitten
Geinrich Schepelmann.

Zeuge gesucht
Der Radfahrer welcher den Zusammenstoß mit dem Motorradfahrer u. Dr. Erantennirake u. Dr. Weg am Mittwoch früh gesehen, wird gebeten, seine Adresse Himmelsreichstr. 15, b. Rohde, abzugeben.

Sprechapparat
in Platten innerlich billig
Roh, Goethestr. 41.
Suche
Schreibarbeit
im Hause, Korrekturen oder dergleichen, engl. und franz. Kenntnis.
S. F. u. CM 3149 u. d. Hoff.

Kaufe
Weibchen
auch weiße
Meyer
Harstallstr. 10a, ab 9 Uhr
Abholen u. Glas am Lager.
Donnerstags geschloß.

Die Frauenwelt den Frauen zum Leiden, Denken und Schauen!

Bei Regen und Nebel an kalten Tagen behagliche Räume durch
Elektrische Heiz-Öfen
Elektrische Strahlsonnen
Gas-Heiz-Öfen, Heizkissen

Stadtgeschäft Magdeburg
für Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und Heizungsanlagen G. m. b. H.
Kölner Straße 1

Der **Herbst-Verkauf**

10% Rabatt
Auf alle regulär Preise gegen Vorlegung dieses Insetts

Kamelhaardressin schmal einsteilend, Um-schlag und Laschen, Damen u. Kinder, je nach Größe . . . 2.95 2.75 2.25	Damen-Halbschuhe Roßschweau, Rindbox, Boxkalf, soweit Größen und Vorrat . . . 10.80 8.80 6.80	Männerarbeitsstiefel zum Schneiden a. m. Schnallen 16.90 9.80
Kamelhaar mit Wolle, Um-schlag, Lasch. u. Schnallen 6.90 5.90 4.40	Damen-Halbschuhe helle, feine Farben, soweit Größen und Vorrat 9.80 8.80 7.80	H.-Halbschuhe schw. u. farb., darunt. Orig. Goodyear-Weit, sow. Gr. u. Vorrat 14.80 12.90 10.80
Schulstiefel 31 bis 35 5.90 27 bis 30	Damen-Lack- u. Wildleder-Halbschuhe schwarz und feinfarbig soweit Größen und Vorrat . . . 9.80 8.80 7.50	Herren-Lack- u. Wildleder-Halbschuhe auch Burschen, soweit Gr. und Vorrat . . . 12.80 10.80
Damen-Leder-Haus-schuhe Rindbox, mit warmem Fütter . . . 36 bis 42	Herren-Schnürstief. Boxk. u. Rbox, dar. O.-Goodyear-Weit, sow. Gr. u. V. 14.80 12.80	

SCHUH JULIUS PETZON

Bezug nimmt auf den Einzelfall. Er konnte ferner darlegen, daß in der „Mittlerzeitung“ ein Zitat Schwarzschilbs benutzt ge-
fährlich war durch eingeschobene Worte. „Herren, die so
schreiben, geben leichtfertig mit der Ehre anderer um!“ Was noch
besonders bedenklich war, war die Behauptung des Gegenanwalts,
weber er noch seine Mandanten kennen das Urteil von Neu-
schilb. Auch der Einwand, daß zur Zeit jener Veröffentlichung
in der „Mittlerzeitung“ die Tatsachen, die wir heute kennen, noch
unbekannt gewesen seien, ist nicht stichhaltig. Schon 2 Monate
früher, im Januar 1928, hat auf Grund der Befundungen des
Anwalts des Hingerichteten der Pressefeldzug für das Wieder-
aufnahmeverfahren eingeleitet. Was die Presse wissen konnte, das
mußte auch den Herren vom Reichsgericht bekannt sein.

Das Gericht lehnte nach langer Beratung die Verlesung des
Menschenrechts ab. Jeder Versuch Lebis, auch nur einzelne
Sätze daraus zu zitieren, wurde sofort vom Vorsitzenden, gemein-
sam mit dem Gegenanwalt, abgeblockt. Lebis verzichtete auf das
Wort. Der Vorsitzende vertagte den Prozeß schließlich ohne
Angabe eines Grundes.

Neue Stadtbank-Direktion in Berlin

Die Direktion der Berliner Stadtbank ist am
Mittwoch auf Beschluß des Magistrats und des Verwaltungsrats
der Stadtbank neu besetzt worden. An Stelle des antizent-
onalen Direktors Schmidt tritt Verwaltungsdirektor Gehrlke
vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband.

Die Sklareks waren unterrichtet

Der von dem Oberpräsidenten der Mark Brandenburg
zur Untersuchung der Sklarek-Affäre eingesetzte Kom-
mission hat am Donnerstag im Verlauf der Vernehmung
der drei vom Amt suspendierten Direktoren der Berliner
Stadtbank festgestellt, daß die Sklareks sowohl über die Ver-
handlungen und Beschlüsse des Kreditausschusses der
Stadtbank sowie über die sie interessierenden Vorgänge in andern
Ausüssen prompt unterrichtet wurden.

Der bisherige Stadtbankdirektor Schmidt erklärte, daß
die Sklareks sich wiederholt wegen Äußerungen gegenüber Mit-
gliedern des Kreditausschusses und Anträgen an den Ausschuß
selbst bei ihm beschwert hätten. Wissi Sklarek habe sich über-
eins einmal bestimmte persönliche Anfragen an Stadtverordnete
von ihm ausdrücklich verboten.

Kommunistischer Besuch bei Sklareks

Bei einer Berliner Stadtverordneten-Versam-
lung am Donnerstag kam es wieder zu einer Sklarek-
Debatte. Als die Kommunisten sich gar nicht beruhigen
konnten, antwortete der Sozialdemokrat Ulrich mit einem Hin-
weis auf die Verbindung zwischen den Sklareks und dem kommu-
nistischen Stadtverordneten Wisnewski. Dieser Wisnewski
habe im Bezirk Mitte einen gegen die Sklareks gerichteten An-
trag eingereicht und — zurückgezogen, nachdem er an
einem Abend Gast im Hause Sklarek gewesen war.

Der Lärm der Kommunisten, der stellenweise ohren-
betäubend war, nahm erst sein Ende, als Ulrich seine Stäu-
bung beendet hatte.

Abends gegen 9 Uhr versammelten sich vor dem Rathaus
zahlreiche junge Burschen, die sich mit Gewalt Zutritt zu
verschaffen versuchten. Als ihnen das nicht gelang, zogen sie unter
Lärm und dem Gesang kommunistischer Lieder zum Alexander-
platz. Hier wurde dem kommunistischen Theater fest ein Ende
gemacht.

Untersuchung gegen Schneider

Berlin, 18. Oktober. Der abgesetzte Bürgermeister
Schneider vom Bezirk Berlin-Mitte ist Freitag vormittag von
der Staatsanwaltschaft zu einer Vernehmung vor-
geladen worden. Es wird also gegen ihn nicht nur disziplinarisch,
sondern auch strafrechtlich vorgegangen werden. Die Anschuldig-
ung gegen ihn dürfte wahrscheinlich auf passive Beistellung
lauten.

Klage gegen die Verleumder

Von verschiedenen sozialdemokratisch geleiteten Berliner
Bezirksämtern ist im Zusammenhang mit dem Sklarek-
Skandal gegen die Berliner Jugenbergs-Presse Straf-
antrag wegen übler Nachrede und Verleumdung gestellt worden.
Die Staatsanwaltschaft wurde gleichzeitig erucht, daß Verfahren
möglichst zu beschleunigen.

Auflösung der Fideikommission

Der preussische Finanzminister hat dem Landtag einen Ge-
setzentwurf über die Auflösung der Familiengüter
und Hausbesitzungen vorgelegt.

Der preussische Staatsrat hat in seinem Gutachten gegen
die Vorlage Bedenken zum Ausdruck gebracht, weil sie ein Aus-
nahmegericht gegen die Fideikommission-Waldungen schaffe.

Das Staatsministerium ist dem Gutachten des Staatsrats
jedoch nicht beigetreten, da die Fideikommission-Waldungen einem
Waldschutzrecht unterstellt werden müßten. Bei dem Um-
fang der Bedeutung der Fideikommissionen seien nicht nur in
volkswirtschaftlicher, sondern auch in hygienischer Hinsicht die
schwersten Gefahren für die Allgemeinheit zu befürchten, wenn
mit der Auflösung des gebundenen Vermögens die Fideikommis-
sion-Waldungen der schrankenlosen Ausbeutung zugänglich würden.

Kaisereien und Staatsanwalt

Im Untersuchungsausschluß des Preussischen Land-
tags erklärte Landgerichtsrat Braun als Vertreter des preussischen
Justizministeriums am Donnerstagsabend zu der Kaiserei-
affäre, daß die Kaisereidkommission objektiv bei der Auf-
stellung der Goldmarkbilanz vom 31. Dezember 1923 falsche
Angaben gemacht, daß sie aber subjektiv in gutem Glauben ge-
handelt habe. Eine Anklage-Erhebung verbringe keinen Erfolg, da
eine wissenschaftliche Verlesung des Gesetzes nicht nachzuweisen sei.
Abg. Kuttner (Soj.) fragte, ob nicht durch die Veröffentli-
chung der falschen Goldmarkbilanz, die ein Kapital von 25 Milli-
onen Mark vorläufige, während nur 18 Millionen vorhanden
waren, ein strafbares Delikt gegeben sei.

Staatsanwaltschaftsrat Hermann kann das nicht ganz
leugnen, glaubt aber, daß die Strafgesetze doch nicht in Anwen-
dung gebracht werden könnten, da zum Kundendienst der Kaiserei-
eidbank nur die eigenen Tochtergesellschaften gehörten, die selbst
Träger der Bank waren. Ihnen gegenüber liege eine strafbare
Wahrscheinlichkeit nicht vor, da die Strafbarkeit nur bei Täu-
schung Dritten gegenüber gegeben sei.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Deckerberg, erklärte
unter verständnisvoller Mäßigkeit aller Anwesenden: „Je größer
und unübersichtlicher die Geschäfte werden, um so größer
wird die Gefahr, vom Staatsanwalt nicht gefaßt zu werden.“

Preussischer Landtag

Der Landtag führte am Donnerstag die große Aussprache
über das von den Nationalsozialisten wegen des Verbots des
Schulhelms im Rheinland und Westfalen gegen die gesamte
Reichsregierung geleitete Mißtrauensvotum zu Ende.

Eine echt völksparteiliche Rede hielt der Abgeordnete
Dr. Behn. Nach seinen Ausführungen ist die Preussen-
partei der Deutschen Volkspartei gegen das Volks-
gesetz, aber auch gegen das Verbot an die Weimarer, sich
nicht einzugehen. Sie ist aus gegen den Stahlhelm, der sich
mehr und mehr zu einer politischen Partei entwickelt, aber
auch gegen das Verbot dieser Organisation im Rheinland und
Westfalen. Sie ist überhaupt gegen alles, was die Regie-

rung macht, nur eins weiß sie noch nicht, wie sie sich zu dem
Gaager Abkommen, das ihr toeben verstorbenen Führer Streje-
mann abgeschlossen hat, verhält. Da seien noch einige Punkte auf-
zuklären.

Der Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion, Eng
(Wormen), legte dem Hause eine Fülle von Beweismaterial vor,
aus dem hervorging, daß die Stahlhelm-Organisation zweifellos
auf dem Grundsatze der Gewalt gegen die Republik aufgebaut
ist. Der Sinn der Rechte auf das Reichsbanner kennzeichnete
die Verlegenheit der Rechtsradikalen. Es sei ein Unfirtm, das
Reichsbanner als Wehrverband zu bezeichnen. Das Reichs-
banner sei eine Folge der rechtsputschistischen Umtriebe und habe
schon durch sein Bestehen seinen Zweck erfüllt, die Republik vor
jedem Angriff zu schützen.

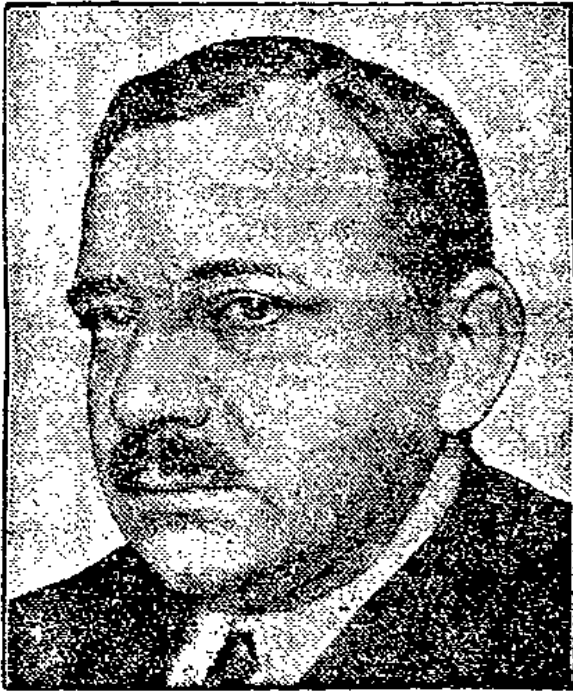
Der Redner ging dann näher auf das berüchtigte Lange-
herger Manöver des Stahlhelms ein, das schließlich zum
Verbot führte. Der Dank des Stahlhelms an alle Teilnehmer laufe
in seiner Form deutlich erkennen, daß die Hebung den Zweck
hatte, der Regierung außenpolitische Schwierigkeiten
zu machen. Deshalb sei es nur zu begrüßen, wenn die Regierung
mit diesen Umtrieben ganz energisch aufräumt.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet am
nächsten Mittwoch statt. Der von den Nationalsozialisten und
der Wirtschaftspartei beantragte Untersuchungsausschuß
zur Aufklärung der politischen Seite der Sklarek-An-
gelegenheit wurde, dem Vorschlag des Ausschussrats ent-
sprechend, auf 29 Mitglieder festgesetzt.

Bank der Elektro-Konzerne



G. F. v. Siemens, Siemens-Konzern.



Geheimrat Bücher, Leiter der AEG.

Der Leiter des Siemens-Konzerns, Carl Friedrich von
Siemens, hatte kürzlich mit ziemlich scharfen Worten sich dagegen
gewandt, daß deutsche Industrie-Gesellschaften ihre Aktien an das
Ausland verkaufen, daß sie — wie sich Siemens ausdrückte —
„fremde Vöthen auf ihr Schiff nehmen“. Diese Worte waren gegen
die AEG, der Konkurrenzfirma von Siemens, gerichtet, die erst
kürzlich Amerikaner, darunter Owen Young, den Schöpfer des
Young-Plans, in ihren Aufsichtsrat wählte. Die AEG wandte sich
nunmehr in scharfer Form gegen diese Angriffe. Nach dieser An-
wort muß man von einem offenen Kampfe zwischen den beiden
größten Elektrokonzernen Deutschlands sprechen.

Radau in Versammlungen

Die Bauische Volkspartei veranstaltete am Donnerstag
abends in München eine außerordentlich stark besuchte Kund-
gebung gegen das Inflationsbegehren. Versuche der Natio-
nalsozialisten, die Kundgebung zu stören, wurden von der
Polizei und dem Sauchschutz vereitelt. Die Bomben veränderten
sich deshalb nach Schluß der Versammlung durch endlose Bär-
mungen auf der Straße.

Radau gab es auch im Anschluß an eine Nationalsozialisten-
Versammlung in Homburg. Die Kravalle setzten sich bis in
die späten Nachtstunden fort.

Aber auch die Abwehr der Behörden setzt endlich ein.
In Freiburg i. Br. ist eine nationalsozialistische Versammlung
aufgelöst worden, als der Redner, der nationalsozialistische Ab-
geordnete Decker, gar zu unerschämte sich herab. Redner
und Versammlungsleiter mußten für einige Zeit die Gefängnis-
haft der Polizei genießen, um sicher zu sein, daß die aufgelöste
Versammlung nicht in einem andern Lokal fortgesetzt werde.

In Karlsruhe ist dem Nationalsozialisten Feder, der
bert das Märchen vom dem Sklabeneport erzählte, ein
Strafbefehl über 160 Mark wegen groben Unjugs zu-
gegangen.

In Koburg (Sachsen) wird gemeldet, daß dort der
nationalsozialistische Führer Lehrer Dietrich von auswärtigen
Kriminalbeamten festgenommen und abtransportiert wurde.

Niedgang in der Maschinenindustrie

Nach dem Bericht des Vereins deutscher Maschinenbau-
anstalten hat sich die Lage der deutschen Maschinenindustrie im
September 1929 verschlechtert. Die Auftragslage des In- und
Auslandes blieb im September hinter der des Vormonats zurück.
Auch der Auftragsbestand erreichte nicht das Augustergebnis, das
bereits um einige Prozent hinter den Juli aufträgen zurückge-
blieben war. Die Zahl der inaktiv beschäftigten Betriebe erhöhte
sich und der an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiterinnen ge-
messene Beschäftigungsgrad ging von 70 auf 68 Prozent zurück.

Der Bericht kommt zu dem Schlusse, daß die bis zum Ende
des 2. Halbjahrs 1929 im ganzen aufwärts gerichtete Entwicklung
im 3. Vierteljahr rückläufige Tendenz zeige. Am stärksten
hätte der Eingang von Inlandsaufträgen zugenommen. Besser
hätten sich die Auslandsaufträge gehalten, die, da sie im 3. Viertel-
jahr die Hälfte aller Aufträge der deutschen Maschinenindustrie
ausmachten, die Gesamtlage fühlbar hätten.

Als entscheidende Ursache für die Verschlechterungen in der
Maschinenindustrie wird der Kapitalmangel in Deutschland
und die Anspannung auf den internationalen Kapital- und Geld-
märkten angesehen. Die Aufnahmefähigkeit des inländischen Kapi-
talmarktes für Neuemissionen von Aktien und festverzinslichen
Werten sei stark zurückgegangen. Auch der Zufluß von Auslands-
anleihen habe seit einem Jahre sehr stark nachgelassen. Mit der
schlechteren Kapitalversorgung der Welt hänge auch der Rück-
gang der Anfragen und Aufträge für Maschinen aus
dem Ausland zusammen.

Kunischal im Kampf

Ku. Wien, 18. Oktober. Am Donnerstagabend fand in
Wien abermals eine Versammlung statt, auf der der christliche
Arbeiterführer Kunischal sprach. Kunischal sprach, daß Kunischal seine
Rede begonnen hatte, festlen Kravalle ein. Anwesende Heim-
wehrleute waren mit Gummiknüppeln und Döjnen-
ziemezen bewaffnet. Auch Stinkbomben wurden geworfen.
Wiederholt mußte die Polizei eingreifen, da sich der Saalchuh
als zu schwach erwies. Schließlich wurde die Versammlung
geprengt.

Kunischal führte aus: Es ist der Versuch unternommen
worden, die Mängel der Verfassung zu beheben. Dieser Wunsch
wird nur zustande kommen, wenn der Nationalrat die Verfassungs-
reform mit Zweidrittelmehrheit beschließt. (Zwischenruf: „Das brauchen wir nicht!“) Diese Zweidrittelmehrheit
ist nicht im Besitz der Regierung. Man braucht dazu entweder die
Mithilfe der Sozialdemokraten oder muß sich mindestens
auf ihre Neutralität verlassen. Wenn die Sozialdemokraten
so blind sind, sich der Möglichkeit der Verfassungsänderung zu wider-
setzen, dann haben sie die Verantwortung zu tragen. Möglich-
weise kommt es dann zu den angekündigten Gewaltmaßnahmen.
Deshalb müssen die Sozialdemokraten an den Verhand-
lungstisch heran. Wenn es zu einer gewalttätigen Ausein-
anderetzung kommt, dann werde ich nur sagen: „Wehe dem
Vaterland!“

An dieser Stelle wurde Kunischal von den Heimwehr-
leuten unterbrochen. Es kam zu einem wüsten Durchein-
ander, das schließlich in eine allgemeine Schlägerei aus-
artete. Schließlich mußte die Polizei eingreifen. Die Versammlung
wurde geschloffen. Die Polizei nahm elf Verhaftungen
vor. Auf der Straße setzten sich die Kundgebungen für und gegen
Kunischal noch längere Zeit fort.

Gewaltstreik in Lettland

Riga, 18. Oktober. Die lettische Regierung hat den
Krankenkassen auf dem Verordnungsweg ihre bisherige
Selbstverwaltung genommen. Die lettische Sozialdemokratie wird
diesen Streik mit einem Generalstreik beantworten. Die
Wirtschaft der lettischen Regierung steht im Widerspruch zu einem
Beschluß des Internationalen Krankenkassen-Kongresses in Zürich,
auf dem eine Entschließung für die Selbstverwaltung aller Kran-
kenkassen verabschiedet wurde. Im übrigen ist der Entschluß des
lettischen Kabinetts auch mit der Verfassung nicht vereinbar.

Das Sekretariat der Arbeiterinternationale er-
hielt aus Riga von der lettischen Sozialdemokratie folgendes
Telegramm:

„Im Widerspruch zur Verfassung hat die Regierung Lett-
lands einige Tage vor Eröffnung der Parlamentssession ein No-
tegesetz erlassen, das den Krankenkassen die Selbstverwal-
tung raubt und ihnen die Hälfte der bisherigen Zuschüsse ent-
zieht. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften
haben gegen diesen Rechtsbruch den schärfsten Protest erhoben und
organisiert einen eintägigen Generalstreik.“

Großer Geldstrafenbruch in Berlin

Ab. Berlin, 18. Oktober. In der vergangenen Nacht
brangen Geldstrafenbrecher in die Geschäftsräume der Bau-
firma Boswau & Knauer in der Mohrenstraße ein. Die Ver-
brecher schwichteten einen älteren Kraken, der im Lohnbüro stand,
knüttelnd auf, nahmen die für die Lohnzahlung am Freitag be-
reitgestellten Lohnkästen heraus und stiegen damit, wahrscheinlich,
weil das Zimmer durch die Schwärze der Nacht nicht hell war, ein
Stodwerk tiefer in ein Zimmer, wo sie in aller Ruhe am Tische
Platz nahmen. Die Lohnkästen wurden aufgerissen und das
Papiergeld herausgenommen. Hartgeld ließen sie zurück. Auch Beutel
mit Silbergeld, die im Schranke standen, haben sie gar nicht be-
rührt. Sie erbeuteten ungefähr 140 000 Mark. Nach Spuren, die
man gefunden hat, scheint die Kolonne von einem Hause in der
Taubenstraße, das unbewacht ist, heraufgekommen zu sein. Es
ist anzunehmen, daß sie erst in den Morgenstunden durch das
Haus in der Taubenstraße hinausgegangen sind. Ihr wertvollstes
Werkzeug haben sie mitgenommen.

Die nicht alle werden

Herr Joseph v. Lauff, Major a. D., wurde einst von
Wilhelm 2. zur Literatur abkommandiert und hielt sich von da
an für einen Dichter. Er ist der Verfasser byzantinischer Hohen-
zollernfische, die sich Wilhelm 2. mit tiefer Befriedigung vorführen
ließ. Durch diese Stücke dröhnt es: O deutsches Land, o deutsche
Straß, o deutscher Kaiser, wo bist du, wo weilst du, wann kommst
du endlich. Als Herr Joseph v. Lauff so deflammierte, war der
deutsche Kaiser da. Er sah in der Hofloge und ließ sich den dichte-
rischen Weirauch um die Nase streichen, daß er die Erfüllung
deutscher Sehnsucht sei. Aber jetzt, o deutscher Kaiser,
wo weilst du?

Herr Joseph v. Lauff ruft es heute Abend aus, obwohl er
weiß, wo sein Kaiser weilt. Also sandte er eine Expedition aus.
Er fand sechs echte deutsche Männer aus Goch, einen Lehrer,
einen Berufslehrling, einen Fahrradgroßhändler, einen Papier-
warenhändler, einen Gastwirt und einen Rentner. Die verjah er
mit einem Empfehlungsschreiben an Wilhelm den Landflüchtigen,
und nun pilgerten die sechs Getreuen über die Grenze nach
Doorn, um dem deutschen Kaiser die Ergebenheit des Herrn
Joseph v. Lauff und ihre eigne Anschickeligkeit vor die Füße zu
legen. S. M. war tief gerührt. Besonders erfreut war er über
die außerst kramen Haltung der sechs Herren, die
in Reich und Glied, Hände an der Hofnast, Bauch rein, Brust
raus, vor ihm standen. Sechs Spießbürger besuchten ihren Kaiser,
stehen stramm, machen feier und hochbeglückt, und Herr
Joseph v. Lauff, Dichter von Wilhelm's Gnaden, hat seinem hohen
Gönner seine Anhänglichkeit versichert. Sie werden wirklich
nicht alle!

Notizen

Wieder ein politischer Mord in Sofia. Der Wojwode
Iwanoff wurde am Donnerstag auf der Straße in Sofia
von unbekanntem Täter erschossen.

Königswahl in Afghanistan. Reuter meldet aus Kabul,
daß die afghanische Nationalversammlung am Donnerstag den
gegenwärtigen Nachthaber Radix Khan zum König von
Afghanistan gewählt habe.

Damen-

Mäntel

Sonder- Preise!

19.-

Damenmäntel
aus gemusterten Wolstoff oder Otomane, mit imitiertem Pelzbesatz, z. T. ganz gefüttert

29.-

Wintermäntel

aus Velour-Carré, marineblauem Ottomane oder modernen Stoffen mit Abseite, mit Pelz oder Pelzplüsch reich garniert, ganz gefüttert

39.-

Elegante Damenmäntel

aus Velour, Otomane in den Modefarben oder englisch gemusterten Wolstoff, mit modernem Pelzbesatz, z. T. ganz gefüttert

49.-

Pelzbesetzte Mäntel

aus Velour-Carré, Otomane, Wolplüsch und anderen Wolstoffen, aparte Formen, mit großem Pelzkragen und Stäpeln, ganz gefüttert

69.-

Hochelegante Mäntel

aus modischen Wolstoffen, mit großem Pelzkragen und Stäpeln, in verschiedenen Ausführungen, auf elegantem Seidenfutter

Vonder-Abteilung für
Mäntel in großen Größen



Zustimmungsbekanntmachung
durch die Bundesbank
G. m. b. H., Komplik. 4, 1

Lange & Münzer

Diese Mäntel sind im Verkaufszweck Breitenweg überaus beliebt!

Textbücher empfohlen Buchhdlg. Volksstimme

Zentralverband der Angestellten
Ortsgruppe Grottelagen

Die recht des 10-jährigen Bestehens der Ortsgruppe
Konzert und Ball
Am Sonntag den 19. Oktober d. J., in
großer Saale des Schützenhauses statt.
Beginn 20 Uhr. Beginn 20 Uhr.
Herrn laden ergebenst ein. Der Vorstand.

Stad-Theater
Sonnabend, 19. Oktober — 15 bis 22.30 — 4. Abt.
Faust, I. Teil
von W. v. Goethe.
In Szene gesetzt von Intendant H. Vogler.
Fanny Luise Bülow
Mephistopheles Hans Alvens
Margarete Elise Wenzel
Martha Schwenk Theresia Kasper

Sonnabend, 19. Oktober — 15 bis 22.30 — 4. Abt.
Faust, I. Teil
von W. v. Goethe.
In Szene gesetzt von Intendant H. Vogler.
Fanny Luise Bülow
Mephistopheles Hans Alvens
Margarete Elise Wenzel
Martha Schwenk Theresia Kasper

Seit die
Zweimöbel

ZENTRAL

Direktion: Dr. Viktor Bekert
2maliges Gastspiel
Heinz Joachim Laugwitz
als „Adam“ in der Operette
Der Vogelhändler
heute Sonnabend, 19. Oktober, 8 Uhr
und Sonntag, 20. Oktober, 4 Uhr.
Sonntag den 20. Oktober, abends 8 Uhr
Zum 20. Male
Der Vogelhändler
Adam: Adolf Falken
Heute Sonnabend, 4 Uhr.
Einmalig!
Lustiger Kinder-Nachmittag
mit Lichtbildern von Martha Forber

VARIETE

Zentral - Theater - Restaurant
Daddy Fix, der arkomische Grotsek-
und Tanzkomiker von der Scala, Berlin.
Edith Saeb, die bekannte Rundfunk-
sängerin aus Berlin und noch
5 Attraktionen
Morgen Sonntag: 3 Vor-
stellungen 8^{1/2} u. 7^{1/2} Uhr

Musikverein Vorwärts

hält sein Vergnügen
erst am 27. Oktober
in den
National-Festjalen ab.
Der Vorstand.

Seit Jahrzehnten reinigt
Peter Georg Palis
BETTEN
auch im Beisein der Kunden
Abholung u. Zustellung selbstverständlich
KOSTENLOS

NEUSTÄDTER

LIGHTSPIELE
Freitag bis Montag
Der Zarewitsch
Nach der gleichnamigen Operette
Hauptrolle: Ivan Petrovich
Dazu auf der Bühne:
Gastspiel des
Ukrainischen Chors
Erstklassige Gesangsdarbietungen
Im Beiprogramm: Um Recht u. Freiheit
der Prairie. Wildwest-Abenteuer.
Werktags ab 6, Sonntags ab 5 Uhr, letzte Vor-
stellung 8.45 Uhr. Preise 0.70 bis 1.10 Mk.

Osterweddingen

Gasthaus zum goldenen Löwen
Heute Sonnabend den 19. Oktober
Saal-Einweihung mit Ball
Otto Voigtländer.

Burg Palast-Theater

Freitag bis Montag
Auf der Bühne:
Kaviar fürs Volk
Die große Ausstattung-Revue (15 Pers.)
Gesang — Tanz — Humor
Im Filmteil:
Die geheime Macht
Ein fabelhafter Abenteuerfilm voller
Tempo und Schmitz mit Michael Bohnen,
Henry Stuart, Paul Otto, Luzy Vernon,
Truus von Alten
Dazu:
Eheferien
Nach dem Schwank „Eheringe“ mit Ullan
Harvey, Iza Perry, Harry Holm, Angelo
Ferrari, Albert Paulig
Roland-Lichtspiele
Das große Wildwest-Programm
Humor — Sensation — Abenteuer
Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr

UT

Storchstraße 7

Im heutigem Prachtprogramm ein
Wolga-Film
* * *
dessen Originaltitel vom
Reichsgericht verboten ist
unter dem Pseudonym
Brand in Kasan
Das besterzählte Bekenntnis zur
triebhaften Natur, das Helden-
lied von wilden Reitern und
großen Schlachten und die be-
zweifelnde Geschichte einer
wahren, brennenden Liebe.
Ferner:
Der galante Tollkopf
Tom Mix
in dem abenteuerlichen Roman
Die Mädchenfarm
Inhaltsreiche Erlebnisse eines
Abenteurers.
Auf der Bühne:
Das weibliche
Mignon-Trio
in seinen heutzutage so gefassten
Schlager auf Schlager.

UT

Palast Buckau

Das alle Gesellschaftskreise aufrüttelnde
Filmwerk
Erotik
 Erotische
 Erotische
 Erotische
 Erotische
 Noch nie wird Sie ein Film durch seine Wirklich-
keitshandlung und durch seine so unser Innerstes
greifende Liebeshandlung so gefesselt haben, wie
das glanzvolle Situenrama
Erotik
Es spielen:
Das verführte Mädchen Ita Rina
Die ungetreue Frau Chlotilde Sasse
Den Verführer Olof Fjord
Den Rächer selber Ebro Theo Pistek
Ferner:
Eddie Palos
Kämpf mit Mädchen-
händlern und Ge-
pressern im Nebel
der Großstadt.
Ein Sensations-Kriminal-
film mit feberhaften
Tempo und nerven-
spannender Spannung
und auf der Bühne:
Die ganz hervorragende
Russentruppe
Sarodows
das international. Pro-
ballet. Tausen Gesin-
gung aus allen Ländern.

Sie ruhe in Frieden...

Sie hat nun das Zeitliche gesegnet, die wohlblühten Magdeburger Stadtverordneten-Versammlung. Ihr Alter ging über die normale Lebensgrenze der Parlamente in der deutschen Republik hinaus, eigentlich hätte sie schon vor anderthalb Jahren abtreten müssen. Sie durfte sich ihres Daseins länger erfreuen, weil der politische Sternenhimmel, dessen wandelbare Bilder in Berlin geformt und verändert werden, ihrem Leben günstig war. Aber nun wird doch der Schluß gemacht, die ehrbare Versammlung muß scheiden.

Als dieses zweite Stadtparlament der Nachkriegszeit im Mai 1924 seine erste Sitzung abhielt, also ins Licht dieser fariojen Welt trat, da löste es in der Einwohnerschaft weder große Hoffnungen noch besonderes Vertrauen aus. Es war das Kind einer kranken Zeit. Das deutsche Volk hatte noch zu schwer zu tragen an den Folgen der Inflation und litt unter dem Uebergang aus der Inflation in die Stabilisierung. Die ungeheuerliche wirtschaftliche und politische Zerrüttung Deutschlands trat in Erscheinung in den unzähligen Parteibildungen. Um Reichstagsmandate kämpften im Mai 1924 mehrere Duzend Parteien, zur Stadtverordnetenwahl

Spektakelmachens und mühten eigentlich in entsprechenden Kurzen darin ausgebildet werden. Niemals hat ihre Kritik irgend etwas bewirkt, niemals ist von ihnen ein Vorschlag gekommen, der eine Sache verbessern, der arbeitenden Bevölkerung wirklich Vorteil bringen konnte.

Das sind drei Fraktionen, die vollkommen überflüssig waren. Wenn sich die Rechtsfraktion in ihrer Mehrheit — selten geschlossen — dazu aufraffte, einem notwendigen Beschlusse zuzustimmen, dann war sie regelmäßig im Schlepptau der Sozialdemokraten. Die kleine demokratische Fraktion war klug genug, in politischen und kulturellen Fragen die Verbindung mit den Sozialdemokraten zu suchen. Durch diese geschickte Taktik hat sie verhindert, daß sie ausgeschaltet wurde.

Die Jahre seit 1924 waren für Magdeburg eine Periode des kommunalen Aufstiegs und der erfolgreichsten Arbeit. Dieses Ergebnis, das zum Abschluß der gestrigen Sitzung vom Vorsteher festgestellt und von bürgerlicher Seite bestätigt wurde, ist auf das Wirken der Sozialdemokraten zurückzuführen. Hat seine Ursachen darin, daß politische Klug-

kommunalpolitischen und sozialen Organisationen. Hier ist die stets lebendige und belebende Verbindung zwischen Theorie und Praxis, Erörtern, Beschließen und Ausführen. Die Sozialdemokraten haben dem neuen Magdeburg des vorbildlichen Wohnungsbaues, der praktischen Wohlfahrtspflege Form und Inhalt gegeben, obgleich sie 5 1/2 Jahre im Rathausaal eine Minderheit waren. Sie sind dabei, das Mißverhältnis zwischen wirklicher kommunalpolitischer Leistung und Mandatzahl am 17. November zu beseitigen. Ihrer Bedeutung entsprechend soll auch ihre Vertreterzahl wieder steigen.

Die Sozialdemokraten haben auch in der letzten Sitzung der alten Stadtverordneten-Versammlung wieder die großen Probleme unserer Zeit aufgerollt. Was will der Magistrat tun, um die Wirtschaft zu fördern; wie steht es mit der Sicherung der Wohlfahrtspflege, ihrer Verteidigung gegen die Angriffe von rechts?

Andere Fraktionen haben krampfhaft danach gesucht, auf welche Weise sie wohl noch vor Loresschluß ein wenig Aufmerksamkeit erregen, wie sie eine Wahlparole zusammenschustern könnten. Es ist keiner Fraktion etwas Rechtes eingefallen, weil keine in der wirklichen Arbeit steht. Die Sozialdemokraten brauchten nicht zu suchen, nicht zu konstruieren. Ihre ganze Arbeit und die zielbewußte Fortsetzung dieser Arbeit, das ist ihre Parole und ihr Programm.

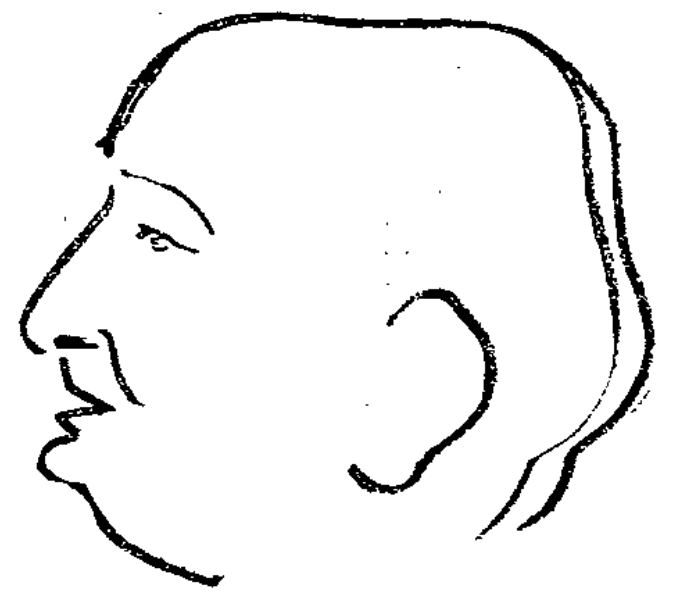
Die Rechtsfraktion und die fünf Völkischen, denen nicht einmal belanglose Reden einfallen wollten, gingen am



Der Kommuniste Kahner, junger Mann Moskauer, übt sich in Lungengymnastik.



Der Kommunist Kibel wettelfert mit Kahner im Maulaufstreifen.



Stadtverordneter Schüler, der Führer der Demokraten.

in Magdeburg wurde für acht Vorschlagslisten gekämpft. In die Stadtverordneten-Versammlung, in der von 1919 bis 1924 eine sozialdemokratische Mehrheit wirkte und die wertvollste Arbeit leistete, zogen nunmehr 22 Vertreter der erhabenen Einzelfraktion, fünf Völkische, sieben Kommunisten, sechs Demokraten, ein Vertreter des Sparerbundes und 25 Sozialdemokraten. Unter 66 Stadtverordneten 25 Sozialdemokraten! Die Gesamtzahl der Vertreter vermehrte sich um ein Mandat durch die Eingemeindung Diesdorfs. Der neue Stadtverordnete war ein Sozialdemokrat, Genosse Thiele. Durch die Rückkehr des Genossen Magdanz, der als Kommunist gewählt worden war, zur Partei, erhöhte sich die Zahl der Sozialdemokraten auf 27. Immer noch eine Minderheit, die zur Ohnmacht verurteilt gewesen wäre, wenn es auf der andern Seite so etwas wie politisches Denken, politischen Willen und Zielklarheit gegeben hätte. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Minderheit vom ersten Tag an das Parlament beherrschte und ihm ihren Willen in allen wichtigen Fragen aufzwang, zeigt den sehr fragwürdigen Wert erheblicher Teile des Parlamentes.

Wozu die starke Rechtsfraktion, die bei allen wichtigen Abirimmungen in alle Himmelsrichtungen auseinanderfiel und aus dem innern Streit um die Führerschaft nicht herauskam? Wozu die Völkischen, die nichts weiter aufzuweisen hatten als einen sogenannten Redner, der Clownsstücke produzierte? Ihre ganze Leistung bestand im Zeitverbrauch. Niemals ist von ihrer Seite ein positiver Vorschlag gekommen.

Und der Wert der kommunistischen Fraktion für die Stadt ist noch zweifelhafter. Sie haben andre angepöbelt und haben gelegentlich Madau gemacht. Selbst ihr Madau wurde so langweilig, daß ihre eignen Fraktionsmitglieder, die nicht gerade vorgebildet waren, das Gähnen nicht unterdrücken konnten. Sie verstehen nicht einmal die Kunst des

heit, Eingabe, die Erkenntnis der großen Notwendigkeiten unserer Zeit und der unbefiegbare Glaube an ein großes gesellschaftliches Ziel den Einfluß der Partei weit über die Fraktion hinaustrug.

Es kann ein Fraktionsführer heute eine zahlenmäßig starke Körperschaft hinter sich haben. Wenn seine politische



Professor Wendel von der Rechtsfraktion; aufmerksamer Zuhörer der kommunistischen Redner.

Gemeinschaft von keiner Idee beflügelt wird und das Gesicht stets rückwärts wendet, wird nichts fruchtbar und lebendig durch sie, vor der Zeit wird sie alt und greisenhaft, hat nichts mehr zu melden. Diese geistige und politische Arterienverkalkung hat sich in grotesker Art bei der Rechtsfraktion, den Völkischen und den Kommunisten gezeigt.

Die Sozialdemokraten stellen die führenden Köpfe auf allen wichtigen Gebieten der Gemeindeverwaltung, in den

Donnerstag ärgerlich und geschlossen hinaus, als die wichtigen Anträge der Sozialdemokraten über Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten beraten werden sollten. Damit in Verbindung stand ein dringendes Ersuchen an Reichs- und Staatsregierung, die staatlichen Arbeiten im Bezirk Magdeburg (Mittellandkanal) zu steigern. Das interessiert den Herrn Hennige und seine Fraktion nicht im geringsten. Von den neuen Spartenbauten der Stadt ist die Rede. Herr Hennige ist über diese Kleinigkeiten hinaus, sie gelten ihm so viel wie ein Briem.

Der Oberbürgermeister rollte in eindringlicher Rede die Wirtschaftslage der Stadt auf. Die Herrschaften sind draußen, auf der rechten Seite des Hauses sitzen drei Demokraten und ein Hockpofken. Sonst leere Stühle.

Aber dann beginnt ein seltsames Köffel-Spiel. Herr Hennige, bis gestern Führer der Rechtsfraktion, erfährt, daß die Sozialdemokraten einen sehr wichtigen Antrag stellen, der sich an die Regierung wendet. Da möchte er auch mitunterschreiben. Schüler von den Demokraten hat ihn auch unterschrieben. Die Sozialdemokraten waren einverstanden, damit der Antrag größere Wirksamkeit erlange. Nun will auch Hennige mit auf das Papier, obgleich er von den Verhandlungen nichts vernommen hat. Er läuft mit rührender Geschäftigkeit hinter dem Papierchen her — und darf dann auch seine Fraktion mitinsignieren. Denn unsern Genossen kam es nur darauf an, der Kundgebung, die an die Regierung geht, das größtmögliche Gewicht zu geben.

Das war das letzte Werk der alten Stadtverordneten-Versammlung. Sie ruhe... Für die Sozialdemokraten bleibt der unermüdete Kampf um eine neue, stärkere Vertretung im Rathaus. Es lebe das neue, sozialistische Magdeburg! —

Sie sind immer zufrieden mit

SALAMANDER

GROSSTE DEUTSCHE SCHUHFABRIK

Magdeburg

Breiter Weg 48



Die letzte Stadtverordnetenitzung

Die letzte Sitzung vor der Wahl - Abrechnung der Dahlienschau - Die Beschaffung von Arbeit - Die Wohlfahrt der Stadt

Die letzte Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, die im Mai 1924 unter den Auswirkungen der Inflationsmitten gewählt wurde, machte Nebraus mit Kleinigkeiten, die noch vor der Neuwahl erledigt werden mußten. Sie hatte aber auch einige wichtige Vorlagen und Anträge zu verabschieden.

Die Errichtung einer Aufbauschule soll nach Vorschlag des Magistrats bis zum nächsten Jahre ausgeführt werden. Eine Uebergangsklasse zur Deutschen Oberschule soll ein vorläufiger Erlaß sein.

Stadt. Müller (Soz.) betont, daß seine Fraktion bei Zustimmung zum Magistratsvorschlag grundsätzlich an der Forderung nach der Aufbauschule festhalte. Finanzielle Bedenken dürfen nicht allein maßgebend sein, den Plan immer wieder zu verschieben.

Dem Magistratsvorschlag wurde zugestimmt.

Am den Ertrag der Dahlienschau

28 000 Mark waren nach der vorliegenden Abrechnung des Magistrats bei der vorjährigen Dahlienschau als Ueberschuß erzielt worden.

Stadt. Müller (Soz.) berichtet darüber. Er betont, daß die Ausstellung aber nicht nur materiell, sondern auch moralisch die erfolgreichste war, die wohl je veranstaltet wurde. Die Erfolge kamen aber nicht allein vom guten Wetter und aus der blauen Luft, wie oft behauptet wurde. Den Arbeiten der Gartenverwaltung sind sie in erster Linie zu verdanken. Der Gewinn soll daher auch der Garten- und Friedhofverwaltung zugute kommen, die den Betrag für wichtige Aufgaben, nach Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten, verwenden soll. Im Haushaltsausgleich wurde allerdings gegen eine starke Minderheit beschloffen, 3000 Mark davon für eine Stiftung an die Pflanzlichen Institute abzugeben. Es ist darauf zu verweisen, daß die Schäden des vorigen strengen Winters in den Gartenanlagen so groß sind, daß die Gartenverwaltung die Summe von 28 000 M. und noch viel mehr gebrauchen wird, um sie zu beseitigen. Auch bei der Staatsberatung wichtige soziale Aufgaben, wie der Bau von Arbeiterunterkunftsbauwerken, zurückgestellt worden. Sie sind aber dringend. Es wäre darum zu wünschen, daß der Ueberschuß rasch für die Gartenverwaltung zur Verfügung gestellt würde.

Stadt. Plumborn (Soz.) beantragt, die Magistratsvorlage wiederherzustellen, also die 5000 Mark für die Pflanzlichen Institute nicht aus dem Ueberschuß zu entnehmen. Der harte Winter hat arge Lücken in den Parks und den Bäumen in den Straßen der Stadt gerissen. Dafür ist unbedingt Ersatz zu schaffen. Das einjährige Grau der Häuserzeilen verleiht sehr gut eine Auffrischung durch grüne Räume. Die Winterbeschäden werden auf weit über eine Million Mark geschätzt, weshalb man wenigstens den Ueberschuß ganz der Gartenverwaltung belassen sollte. Zum Schluß spricht Genosse Plumborn auch seinerseits der Gartenverwaltung für ihre Leistung Dank und Anerkennung aus.

Stadt. Meier (Rechtsp.) will die 5000 Mark für die Pflanzlichen Institute aus dem Ueberschuß nehmen. Er hat die funderbare Begründung, das sei eine sehr gute Wahlagitation für alle Fraktionen. Im übrigen betont er, daß der Etat der Gartenverwaltung seiner Fraktion noch viel zu umfangreich sei. Er kündigt an, daß sie ihn im nächsten Jahre noch weiter einschränken wolle, als es bisher geschehen sei. Leffentliche Gärten- und Parkanlagen sind nach diesem Deutschnationalen Luxus.

Stadt. Kahner (Komm.) zollt der Dahlienschau Anerkennung. Der Böckische Mann will, wie die Rechte, 50% Mark vom Ueberschuß abzurufen.

Aber auch die Demokraten wollen nicht, daß die ganzen 28 000 Mark der Gartenverwaltung verbleiben, wie Stadt. Schüler meint. Sie unterstützen die Rechte. Der Magdeburgerischen Zeitung gibt das Veranlassung, heute von der „Bürgerlichen Einheitsfront“ zu sprechen, die man als gutes Omen für die Zukunft nehmen dürfe. So wird's aber von den Demokraten nicht gemeint gewesen sein.

Stadt. Genosse Haupt, der Dezernent der Gartenverwaltung, bedauert, daß der günstige Witterung der Ausstellung zu solchen Reklamationsgedanken geführt habe. Bei einem Festen hätte man sich wahrscheinlich nicht so geirrt. Die Ausgaben der Gartenverwaltung sind doch nicht „karalhermäßig“. Die durch den harten Winter abgestorbenen Räume müssen ersetzt werden. Bei der Staatsberatung sind aber bereits 85 000 Mark aus dem Ueberschuß entnommen. Der erste Ueberschuß muß auch der Gartenverwaltung zur Verfügung stehen, denn sie hat ihn aus der Ausstellung herausgewirtschaftet.

Der Deutschnationale Meier betont aber nochmals, daß nach der Meinung seiner Fraktion die Gartenverwaltung nach über vier in veraltete Wege verfiel. Die Deutschnationale ergreift sich mit 27 gegen 26 Stimmen für die Lösung des sozialdemokratischen Antrags und Annahme des Ueberschußbeschlusses, nachdem die Gartenverwaltung 23 000 Mark der Pflanzlichen Institute 5000 Mark erhalten. Nach der Abstimmung der 23 000 Mark ist jedoch den Stadtverordneten eine Vorlage zu machen.

Eine Anzahl kleinerer Vorlagen geht beiseite durch. Die Vorlage, die die Nachverpflichtung eines Betrages für Durchführung des Abwässerungsbauens an den geschädigten Steuern der Eibe unterhalb des Normenstandes fordert, löste eine lebhafteste Ausdeutung aus. Die Kommunisten zitierten schon vor Angehörigen, die ja erwidern, von den Leuten zugedacht war. Greibe wenn, forderte der Magistrat, daß auf jeder Wanne eine Wassermenge anbringen und eine größere Anzahl Unfallschaden an diesen gefährlichen Stellen hindern. Stadtbauamt G. hat es erachtet, es sei der Stadt unmöglich, auf jeder Wanne eine Wassermenge anzubringen. Im kommenden Sommer sollten jedoch an mehreren Stellen Verbodstufen aufgestellt werden, und außerdem mehr der Stadt zur rechten Zeit in allen Teilergebnissen nachmals auf die Gefahren hinweisen, die allen für Sadende an dieser Stelle des Abtrams bestehen. Auch dem Stadterordneten Meier Meier, und diese Schutzmaßnahmen unvollständig.

Überbürgermeister Weims ist der Meinung, daß das Baden an diesen gefährlichen Stellen auch durch entsprechende Maßnahmen von Wasser abgehalten werden könnte. Daß ein Badeverbot, wenn es nur ein Verbot ist, nicht die Ursache ist, die die Gefahr zu beseitigen. Meier, er erachte es, auf einen Bescheid der Stadtverwaltung hin, und sie so Lebensbedrohlich und ungesund die Arbeit!

Aufnahmebestimmungen für die Krankenhäuser.

Die Behandlung der Vorlage über Aufnahmebestimmungen für die Krankenhäuser kann es zu einem wahren Kampf, so daß es dem Verwalter schwer fällt, die lauten Schreie der Deutschnationalen zu beseitigen. Der Kommunist Adel bezieht sich auf eine Bestimmung über Aufnahme von Angehörigen der Arbeiterklasse in private Krankenhäuser, die zum Selbstkosten-

preis erfolgen soll. Er will wahrscheinlich, daß die Reichswehr höhere Preise zahlen soll.

Stadt. Mann (böll.) wendet sich gegen diesen kommunistischen Antrag, der zugleich noch eine 50prozentige Herabsetzung der allgemeinen Krankenhauskosten verlangte. Der Kommunist Kahner will dann eine Beschwerde über „Zustände“ im Krankenhaus anbringen. Er beklagt sich, daß ein Pfarrer einem Dissidenten im Krankenhaus habe die Hand geben wollen, obwohl dieser das abgelehnt hätte. Auch wendet er sich in blöder Art gegen die Abhaltung von Gottesdiensten im Krankenhaus. Da springt der sonst stets stumme böllische Stadtverordnete Spilner erregt auf und will Kahner sein Wasserglas entgegennehmen. Auch von der rechten Seite des Hauses erklingen milde Entwürtdungsrufe. Nachdem Stadtverordnetenvorsteher Baer die Ruhe wiederhergestellt hat, erklärt Oberbürgermeister Weims, es führe wohl zu weit, wenn man es als beleidigend empfände, daß einem ein politischer Gegner die Hand reiche.

Stadtarzt Dr. Konner beantwortete die grundlosen Einwürfe der Kommunisten gegen die Krankenhausverwaltung dahin: Ein Geunungszwang durch Personal und Pfarrer werde in den Krankenhäusern keinesfalls ausgeübt. Als er zur Aufklärung dieser kommunistischen Beschwerden konkrete Fälle wünscht, schweig die Sechsmännerfraktion der Moskauer. Für ihr Verhalten müssen aber Kahner und Greibe Ordnungsrufe einstecken.

Eine Vorlage, die für den Ausbau des Zwischenraumes am Sudenburger Krankenhaus um Genehmigung für die Aufnahme eines Verkehrs in Höhe von 300 000 Mark und für die Neuanfertigung der Rautenienstraße von 90 000 Mark eruchte, wurde einstimmig angenommen.

Dann folgte die Beratung der programmatischen kommunistischen Agitationsanträge. Kahner (Komm.) begründete den ersten Antrag, der fordert, daß die Stadt aus einem, vom Staat an die Provinzialbehörden ausgeschütteten Fonds für Kindererziehung 250 000 Mark verlangen soll. Stadtrat Böhm erwiderte, den Kommunisten müsse ein Irrtum unterlaufen sein. Das Reich habe der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt für ihren Bezirk nur insgesamt 150 000 Mark für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Von seiten des Magistrats seien die erforderlichen Schritte zur Sicherung des Magdeburger Anteils bereits getan worden. Ein zweiter kommunistischer Antrag forderte eine außerordentliche Lohnerhöhung für häusliche Arbeiter und Beamte. Beide Anträge werden abgelehnt.

Eine demokratische Anfrage wegen der Sportausstellung erklären die Fragesteller selbst für erledigt, da sie vom Magistrat schriftlich beantwortet wurde.

Schafft Arbeitsgelegenheit

Dann folgte die Beratung der Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der erste Antrag lautete:

Die Stadtverordneten-Versammlung erucht den Magistrat, auf Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für den Winter bedacht zu sein, und vor allem die Arbeiten im neuen Industrie- und Hafengelände zu steigern.

Genosse Bach nahm das Wort zur Begründung. Die Zahl der Arbeitslosen in Magdeburg nimmt von Tag zu Tag zu. Erstreckend groß ist die Zahl der Entlassungen in der Metallindustrie, die in den letzten Wochen erfolgten. Ein weiterer Anzeichen der Arbeitslosigkeit Magdeburgs, die gegenwärtig über 12 000 beträgt, ist die Arbeitslosigkeit. Mit Verlangen muß jeder diese Entwicklung verfolgen, die unabweislich ihren Grund in den veralteten Nationalisierungsbestimmungen der Unternehmungen hat. Wir haben gewiß Verständnis für die Nationalisierungsbestimmungen, aber die notwendigen Einrichtungen sind auszuüben. Die feindliche unter Zustimmung finden können. Zum Teil sind einzelne Werke erst zugrunde gegangen, als man anfing zu rationalisieren. Das heißt, daß einzelne Unternehmer unfähig sind, ein Werk zu führen, dafür gibt es in Magdeburg mehrere Beispiele. In diesen Werken redet man aber fortgesetzt von der Steigerung der sozialen Kosten und fädeliert künstlich Ueberstunden.

Magdeburgs Industrie hat in den Jahren nach dem Kriege mit am härtesten gelitten. Die Verherberung auf dem Inlandmarkt ging verloren; die Metallindustrie liegt arg darnieder. Mehrere Arbeiter finden kaum eine Beschäftigung. Magdeburg steht in dieser Beziehung weit unter dem Reichsdurchschnitt. Darum ist auch die Regierung verpflichtet, diesem Uebel zu helfen.

Überbürgermeister Weims:

An der Förderung der Frage: wie kann man die in der Wirtschaft überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsbereich einfügen? müssen alle Anstrengungen gemacht werden. Die Nationalisierungen war es nicht. Sie kann bis auf einen geringen Teil demokratisch den Staat verlassen. Die Stadt Magdeburg steht mit ihrer Arbeitslosigkeit weit über dem Reichsdurchschnitt; der Reichsdurchschnitt beträgt 15 vom Tausend und Magdeburgs 30 vom Tausend.

43 Arbeitsplätze auf 1000 Einwohner.

Wir markieren mit diesen Zahlen in Deutschland ziemlich an der Spitze. Was kann nun getan werden, diese Menschen wieder in Arbeit zu bringen? Im Jahre 1919 rief ich die Wirtschaftsführer Magdeburgs in diesem Saale zusammen, um die gleiche Frage zu besprechen. Die Zusammenkunft verlief ergebnislos. Der einzige Vorschlag, der den Unternehmern gemacht wurde, forderte die Anlage von Christenandern, die der Nahrungsmitteleinzelhandel stellen. Wir haben dann vom Magistrat aus lebhafteste Propaganda für den Ausbau des Mittelhandels betrieben mit dem Erfolg, daß der Staat bald das Budget verabschiedete. Auch heute sind wir noch, wie wir es immer waren, nach bestem Können betreibt, Industrie nach Magdeburg zu bringen. Auch die Gründung der Stadtbank ist damals mit dem Ziel erfolgt, vielen schwach gewordenen Unternehmungen auf die Beine zu helfen. Durch die Nationalisierung, die zwangsläufig in Angriff genommen wurde, sind viele Arbeiter ertwerbslos geworden.

Nichts ist schlimmer für einen Menschen, als wenn er mit seinem Leben nicht anfangen kann. Mit einer Propaganda für eine revolutionäre Erhebung dieser unter den Verhältnissen lebenden Massen ist weder Arbeit noch Brot geschaffen. Die Linie der Entwicklung braucht doch auch nicht dauernd nach unten zu führen. Dieser Zeit des Niedergangs muß eine Zeit des Aufstiegs folgen. Es gibt auch in dieser Frage einige Möglichkeiten, nicht auf Irritationen eingeleitete Würgungen. Es ist nicht richtig, daß jedesmal bei der Arbeitenden einseitig aus dem Erwerbsleben zwangsweise Ausgeschaltete ernähren müssen. Man muß auch auf private Kapitalisten Geldströme in der Industrie geachtet würde, müßte man allen Arbeitern Beschäftigung geben.

Selbst wenn dies die allgemeine Arbeitszeit verkürzen würde. Die erste Voraussetzung für eine Besserung der Wirtschaftslage ist eben das, daß die hohe Arbeitslosigkeit vermindert. Dann wird auch zunächst die ungesunde heimliche Not, die untere Gesellschaft belastet, und noch mehr die Betroffenen selbst, abgeschüttelt. Wir

können hier gewiß dieses Problem nicht lösen; aber es muß einmal klargestellt werden.

Die Kommunen trifft auch in erster Linie die vom Reiche getriebene ängstliche Kreditpolitik. Durch Aufnahme von hochverzinslichen, kurzfristigen Anleihen wurden die Gemeinden zum großen Teil außerordentlich stark verschuldet. Langfristige Auslandskredite hätten uns über manchen Berg hinweggeholfen.

Zum großen Teil liegen die Schwierigkeiten auch in dem Kampfe, den die Privatindustrie gegen die Eigenwirtschaft der Kommunen führte, begründet.

In krasser Form zeigt das eine Erklärung, die auf einer Tagung ein einflußreicher Bankvertreter abgab. Er sagte auf einen, von einer Stadt gestellten Anleiheantrag: Wenn sie das Geld zum Ausbau ihres Elektrizitätswerkes nicht zur Verfügung haben, müssen sie es eben an die Privatindustrie verkaufen. Dieses gespannte Verhältnis schwächt die Städte in ihrem schweren Kampf.

Ein Erfolg ist uns im letzten Jahre beschieden gewesen. Die Industriebeschäftigung macht Fortschritte. Bei den Arbeiten in M o h e n s e konnten 350 Arbeiter Beschäftigung finden, weitere 800 sollen in nächster Zeit eingestellt werden. Das ist aber nichts gegen die rapid steigende Arbeitslosigkeit. Erwünscht wäre es, wenn der Reichsverkehrsminister

größere Mittel zum Bau des Mittelhandelskanals

zur Verfügung stellen würde. Arbeit schaffen, heißt Volkseinkommen vermehren. In dieser schweren Zeit müssen wir zeigen, daß wir arbeiten können. Dieser Winter wird schwer werden; aber im nächsten Jahre ist eine erhebliche Erleichterung zu erwarten.

Stadt. Schüler (Dem.) erklärte, daß er und seine Parteifreunde den sozialdemokratischen Antrag unterstützen wollen. Er führt aber die Not der Stadt auf die Angeblichkeit von der Sozialdemokratie beschlossenen hohen Steuern zurück. (Haben die Demokraten vergessen, daß sie den Steuern ebenfalls zustimmen?)

Überbürgermeister Weims erwiderte, daß Magdeburg mit der Gewerbesteuersteuern erst an zehnter Stelle stehe. Auch die Lohnsummensteuer sei weit unter dem Reichsdurchschnitt; ebenso die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer.

Stadt. Bach (Soz.) entgegnete dem Demokraten Schüler, daß die Auffassung der Sozialdemokraten, die sich gegen Umschüß der Nationalisierung wenden, auch von der „Völkischen Zeitung“, einem demokratischen Blatt, vertreten werde. Die Zusammenkünfte von Unternehmungen in Magdeburg lägen nicht in der hohen Steuern begründet, sondern in der Unfähigkeit vieler Nachfolger ehemals tüchtiger Industrieller. Der oben genannte Antrag der Sozialdemokraten fand Annahme.

Ein sozialdemokratischer Antrag folgenden Wortlauts wurde von den beiden bürgerlichen Fraktionen unterstützt:

Das Reichsverkehrsministerium wird im Hinblick auf die heftigste und steigende, weit über dem Reichsdurchschnitt liegende Erwerbslosigkeit in Magdeburg erucht, zur Entlastung des örtlichen Arbeitsmarktes und des Gewerbes die Arbeiten am Mittelhandelskanal und an der Elektrifizierung im Bezirk Magdeburg auszuweiten. Die preussische Regierung wird gleichfalls gebeten, der Arbeitslosigkeit in Magdeburg Beachtung zu schenken und ihr mit der Tat entgegenzuwirken.

Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Gegen Abbau der Wohlfahrtsflote

Genosse Weber begründete dann folgende sozialdemokratische Anträge:

1. Ist eine Einschränkung der Wohlfahrtsausgaben für den kommenden Winter in Aussicht genommen?
2. Hat der Magistrat Vorbehalte getroffen, damit der drückenden, wahrheitsgemäß übergrößen Notlage begegnet werden kann?

Die von den Zeitungen, hinter denen die Reichsparteien stehen, in letzter Zeit betriebene Propaganda, die nachzuweisen versucht, daß die Wohlfahrtsausgaben der Stadt zu hoch seien, hat wohl bestärkende Unterstützung in weiten Kreisen der Bevölkerung gefunden. Man hat bei den angedeuteten Vergleichen mit anderen Städten falsche, entbehrliche Vergleichsobjekte gewählt. Es ist nicht dem Versehen der sozialdemokratischen Fraktion zu danken gewesen, daß die Wohlfahrtsausgaben nicht hinterzogen wurde. Die besonders schlechten Verhältnisse Magdeburgs sollten nicht verkannt werden; aber trotzdem müßte gefordert werden, daß im kommenden Winter für die Notenden der Armen gesorgt werde.

Stadt. Böhm schilderte kurz die außerordentlich bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnisse Magdeburgs und betonte an Hand von Zahlen, die aus diesem Uebelstand sich ergebenden notwendigen hohen Wohlfahrtsausgaben. Der Magistrat hat in Anerkennung der Notlage der Armen- und Sozialrentner, der Renteberechtigten wie überhaupt aller Wohlfahrtsbedürftigen sein Budget erhöht. Die Wohlfahrtsausgaben sind zwar höher als der Reichsdurchschnitt, aber sie lassen sich durchaus rechtfertigen. Von einer Wohlfahrts-Kapitalprobenhaft kann keinesfalls gesprochen werden. Auch die Verwaltungsstellen stehen in keinem ungünstigen Verhältnis zu den Gesamtausgaben. Bei einer Gegenüberstellung mit den Vorjahresverhältnissen ergibt sich sogar ein günstiges Bild. 1918 betragen die Verwaltungskosten 12,2 Prozent der gesamten Ausgaben für Wohlfahrtsflote, 1929 7,55 Prozent.

Der Magistrat wird auch in diesem Winter bei der Verteilung der Lage der Wohlfahrts- und Unterstützungsempfänger die gleichen Grundsätze wie im Vorjahr gelten lassen. Ein Abbau der Unterstützungsflote sei nicht zu befürchten.

Eine Besprechung der Anfrage wurde abgelehnt. Die öffentliche Tagesordnung war erledigt.

Nun wird der Schluß gemacht.

Überbürgermeister Weims dankte dem Stadtverordnetenstand für seine stets gut geleistete Arbeit in den vergangenen fünf Jahren. Er habe mit besonderer Feinsinnigkeit bei oft wilder Erregung ein gutes Zusammenarbeiten der Stadtverwaltung mit der Stadtverordneten-Versammlung möglich gemacht.

Stadt. Bennige (Rechtsp.) schloß sich der Dankung des Überbürgermeisters im Namen der gesamten Stadtverordneten an.

Stadtverordnetenvorsteher Baer: Es war uns möglich, unsere Zusammenarbeiten auf der Plattform zu halten, die Grundlage einer gedeihlichen Arbeit ist. Es gibt zwar Leute, die meinen, ein Parlament könne keine sachliche Arbeit leisten. Ich glaube, wir haben in diesen fünf Jahren das Gegenteil bewiesen. Trotz aller Behauptungsmaßstäbe ist diese Sitzungsperiode gut verlaufen. Ich danke allen Mitarbeitern besonders auch den Kommunisten für ihre geleistete Arbeit. Beschlüsse von größter Bedeutung für die Stadt sind gefaßt. Aber die großen Probleme unserer Zeit können in einer einzelnen Gemeinde ja nicht gelöst werden. Wir müssen uns darauf beschränken, Widerstände für unsere Stadt abzuwehren, so gut uns das möglich ist. So schloß die letzte Stadtverordneten-Versammlung dieser Sitzungsperiode. Jetzt geht es in den Wahlkampf. Auf zur Arbeit für den sozialistischen Sieg am 17. November! —

Nachrichten aus der Provinz

Dorf in Gefahr durch Erdrutsch

Erdrutsch auf der Grube Treue bei Schöningen.

Schon seit einiger Zeit machten sich in Albersdorf, das unmittelbar in der Nähe der Grube Treue gelegen ist, an den Wänden der Wohnhäuser Risse bemerkbar, die die Gefahr einer Erdrutschkatastrophe ankündigten. Von den benachbarten Behörden wurde nichts unternommen.

Am Donnerstag nun kam am Tagebau 8 der Grube Treue ein Erdrutsch in der Länge von einer Länge von etwa 200 Metern in den Tagebau. Da dort der Erdrutsch seit Tagen erwartet wurde, war Veranlassung nicht im Bau, und es sind nur Geräte und Förderwagen verschüttet worden. Eine auf dem Gelände stehende Scheune konnte noch rechtzeitig ausgeräumt werden; sie stürzte etwa zur Hälfte mit in die Tiefe.

Ueber die Ursache des Erdrutches konnte bisher kein einwandfreies Gutachten erzielt werden. Man vermutet, daß man beim Abbau auf eine Schicht Ton oder auch Schiefer Kohle gestoßen ist, die zum Nachgeben gezwungen wurde, als sie auf einer Seite durch den Kohlenabbau ihrer Stütze beraubt wurde. Der Betrieb auf Tagebau 8 ist vorläufig eingestellt.

Mit dem Rasiermesser gegen den Mann

Einen schlimmen Ausgang nahm ein Streit zwischen einem Ochsenschaber Arbeiter und seiner Ehefrau. Die Frau geriet im Verlauf des Wortwechsels darauf in Wut, daß sie mit dem Rasiermesser ihres Mannes auf diesen losging und ihm mehrere tiefe Schnittwunden am Hals beibrachte. Der Verletzte wurde dem Kreis-Krankenhaus zugeführt.

Ein wichtiger Kreis

Der polnische Arbeiter K. in Halberstadt hatte eines Abends eine junge Frau in die Anlagen gelockt und sich dort in brutaler Weise an ihr vergangen. Nach der Tat hatte der Missetäter die Bedauernswerte noch in äußerst gemeiner Weise mißhandelt, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Dem tohen Baron wurden jegliche Milderungsgründe verweigert. Das Urteil lautete wegen Mord und Körperverletzung auf 3 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Wie er sie los werden wollte

In Gröningen im Kreise Oschersleben ist der Arbeiter Schwärze wegen verjühten Mordes an seiner Geliebten verhaftet worden. Er wollte sich ihrer entledigen und ließ sie bei einem Abendspaziergang in die Wode. Das Mädchen konnte jedoch gerettet werden.

Kreis Wolmirstedt

Unsre Kandidaten.

Der Vorsitzende gedachte in der gut besuchten Parteiverammlung zuerst des allzufrüh verstorbenen Genossen Erube. Der Kaptenbericht des Genossen Schramm konnte in jeder Hinsicht befriedigen. Die Mitgliederzahl der Frauengruppe hält sich stabil, eine Folge der regen Tätigkeit unserer Genossinnen für die Arbeiterbewegung. Die Männer haben sich im letzten Quartal um 20 neue Mitglieder vermehrt. Die Zahl der neu gewonnenen Leser der Parteizeitung genügt noch nicht; es muß in dieser Woche nochmals für die Presse mitgeworben werden, auch bei den vielen Gewerbetreibenden im Orte, die die Arbeiterfrauen gern als Kundinnen sehen. Bei ihren Einkäufen haben die Frauen Gelegenheit, gute Werbearbeit zu leisten.

Die Aufstellung der Kandidatenliste zur Gemeindeverordnetenwahl ergab nach längerer Aussprache die Vertrauensfindung für die folgenden Genossen: Wilhelm Sommer, Wilhelm Richter, Otto Thorne, Frau Ose, Otto Thierack, Heinrich Herbst, Ernst Stolte, Simon Käger, Willi Engel, Otto Lehmann und Reinhold Schulte. Zwei Gemeindevorretter ergriffen nach Bericht über die bisher geleistete Arbeit in der Gemeindeverwaltung unter Berücksichtigung der jetzigen Zusammensetzung des Ortsparlamentes. Mit einem Hinweis auf die Werbewoche schloß der Vorsitzende um 12.30 Uhr die Versammlung.

Arbeitsgemeinschaft. In der letzten Sitzung wurde die Veranstaltung der diesjährigen Revolutionsfeier beraten, die selbstverständlich unter harter Einwirkung des Wahlkampfes stehen wird. Das Sportfeste und die sozialistische Jugendgruppe haben die Ausgestaltung des Abends übernommen. Das Verlangen des Sportfests, bei der Aufstellung der Kandidatenliste zu den Gemeindevorrettern besonders berücksichtigt zu werden, wurde zu einer längeren sachlichen Aussprache. Ein Gemeindevorretter erläuterte in großen Zügen Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindeverwaltung. In seinen weiteren Ausführungen über die Aufgaben der Jugendpflege erklärte der Genosse den Vertretern des Sportfests, die Aufgaben und Forderungen für die Jugendpflege könnten am besten durch die Genossen im Jugendausschuß vertreten werden. In einer späteren Sitzung soll diese Frage nochmals besprochen werden.

Verleben

Unsre Kandidaten.

Bankrottwirtschaft in Neuhaldenleben

Abrechnung mit der bürgerlichen Mehrheit am 17. November!

Die sozialistische Mehrheit hatte es, ohne die Einwohner und die Industrie mit hohen Steuern zu belasten, verstanden, den Etat mit einem Ueberschuß abzuschließen. Die beiden Jahre 1924 und 1925 wurden bürgerliche Mehrheiten konnte mit allen Händen scheitern. Um mit ihrer Regierungskunst zu glänzen, setzten sie fast alle Steuern herab. Für ausreichende Deckung wurde in keiner Weise gesorgt. Alle jubelten den Bürgerlichen zu, aber keiner ahnte, daß sie der verberlichstesten Politik zuzubekamen.

Es kam, was kommen mußte. Daß es nicht noch schlimmer wurde, hat die Einwohnerschaft den sozialistischen Stadtverordneten zu danken. Die Gegenwartspolitik der Bürgerlichen hat die Steuerzahler schwer geschädigt und die Stadt in ein Chaos schlimmer Art gebracht.

Eine Politik auf weite Sicht zu machen, haben die Bürgerlichen nie verstanden. Als in der Juniverammlung der Stadtverordneten der Etat zur Beratung stand, da gingen den Bürgerlichen von Neuhaldenleben die Augen auf. Der bürgerliche Finanzdeputierter Herzmann war es, der die anklagende Forderung in den Saal warf, daß endlich ein Schluß gemacht werden muß mit der Politik, die die Stadt in den Abgrund führt.

Den von der sozialdemokratischen Fraktion und dem Magistrat vorge schlagenen Maßnahmen zur Stellung der Stadt versagten sich die Bürgerlichen. Ihr Unrecht einzusehen und den angerichteten Schaden wieder gut zu machen, fanden sie nicht den Mut. Vor der Deffektivität wollten sie immer noch den

„Herr-im-Haus-Standpunkt“ herauskehren.

Den vom Magistrat unterbreiteten Vorschlag lehnten die Bürgerlichen ab. Mit Steuern des vorigen Etats wollten sie weiterwirtschaften. Sie sorgten zwar für die Ausgaben, aber moher eine Deckung genommen werden könnte, darum sorgten sie sich nicht. Deshalb hat auch die Regierung dem Haushaltsvoranschlag für 1929 ihre Genehmigung verweigert. Unumwunden forderte sie, daß die Einnahmen und Ausgaben balancieren müssen.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärte daß dies nur möglich ist, wenn der Vorschlag des Magistrats angenommen wird. Genosse Preuß führte aus, daß seine Fraktion an der Beratung nur deshalb teilnimmt, weil sie die

Gefahr einer Zwangssetatifizierung

boraussetzt. Die Zwangssetatifizierung würde ein Schlag gegen die Selbstverwaltung der Kommune bedeuten, die ohnedies schon stark beschnitten ist.

Die sozialdemokratische Fraktion erklärte daß dies nur möglich ist, wenn der Vorschlag des Magistrats angenommen wird. Genosse Preuß führte aus, daß seine Fraktion an der Beratung nur deshalb teilnimmt, weil sie die

Der an 20. Stelle vorgeschlagene Genosse Hirsch mußte gestrichen werden, da Ermittlungen ergaben, daß er Staatsangehöriger der Schweiz ist.

Den Bericht von der Unterbezirkskonferenz gab Genosse Klaus. Mit einem aufmunternden Schlusswort des Genossen Duldhard, für die aufgestellte Liste zur Kommunalwahl zu agitieren, und mit einem brauenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Kreis Neuhaldenleben Neuhaldenleben

Magistratsbeschlüsse. Die städtische Schlichtungskstelle in Mietjahren soll aufrechterhalten bleiben, da sie der Stadt wertvolle Dienste im Interesse der Wohnungsfürsorge leistet. Zur Kenntnis genommen wurde, daß ein vertragsmäßiges Verkaufsrecht an dem Grundstück des früheren Postgebäudes auch für die Zukunft besteht. Auf die Ausübung des Verkaufsvorrechts ist beim letzten Verkaufsfall verzichtet worden. Tankstellen auf dem Marktplatz sollen nicht mehr errichtet werden, da das harmonische Bild, das der Markt noch bietet, beeinträchtigt würde. In anderen Stellen der Stadt könnte dies noch geschehen, soweit der Verkehr nicht gehindert ist. Als Leiter der gewerblichen Fortbildungsschule wurde Herrmann als Leiter gewählt. Bei verschiedenen Schulden von Wasserzoll soll der Wasserzoll abgelehnt werden. Für die vom Kreis angeordnete Motorsprünge soll ein Unterstellraum geschaffen werden. In der städtischen Warmwasserbadeanstalt werden verschiedene medizinische Räder neu eingeführt. Sobald dies geschehen ist, wird es bekanntgemacht.

Das bittere Los, erwerbslos zu sein. Es kann man von denen, denen es besser geht, hören, die Erwerbslosigkeit wollen gar keine Arbeit, weil es ihnen während der Erwerbslosigkeit sehr gut gehe die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Im Arbeitsamt wurde bekannt, daß die Judenfabrik ihre diesjährige Kampagne beginnt. Die Erwerbslosen drängten sich und baten, doch in die Liste eingetragen zu werden, um endlich wieder, wenn auch nur für wenige Wochen, Arbeit zu bekommen. Sie wußten, daß nur wenige von diesem Glücke begünstigt sein würden. Die Judenfabrik hat sich auch mit ganz modernen Maschinen eingerichtet, so daß sie gegen früher Arbeitskräfte spart. Die Herrschaften, die immer anders glauben und reden über die Erwerbslosen, sollen einmal einen Tag beim Arbeitsnachweis bleiben. Hier werden sie sehen und hören können, wie der amtierende Beamte immer und immer wieder bestimmt wird, ob es nicht bald Arbeit gibt. So sieht die „Realität“ der Arbeiter in Wirklichkeit aus!

Einbruch in einen Getreidepeicher. In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober, Sonnabend zum Sonntag, ist in den Getreidepeicher der Firma Scherrikau, Güntherstraße, ein Einbruch verübt worden. Die drei Täter wurden durch einen Angestellten des Mitteldeutschen Wachungsdienstes bei der Fortschaffung der bereits aus dem Speicher gebrauchten 12 Tsd. Weizen gefaßt und ergriffen unter Zurücklassung des Diebstahlgutes die Flucht. Vor den Tätern wurden auch zwei alte Räder zurückgelassen. Die bestohlene Firma hat für die Ermittlung der Täter eine angenehme Belohnung ausgesetzt. Es ist anzunehmen, daß sich das Fehlen der Räder an der Arbeitsstelle oder den Mietwohnungen; das Kaufes bemerkbar machte oder die Eigentümer der genau beschriebenen Räder bekannt sind. Um sachdienliche Mitteilungen ersucht die Polizeibehörde.

Kreis Jerichow 1 Gommern

Aus dem Stadtparlament.

Dem Anlauf einer Fläche vom Fortifikations im Siedlungsgebiet wurde zugestimmt. Mit dem Abbedeckeliker Reindel wurde ein neuer Vertrag einstimmig angenommen, wonach die Stadt je Stück und Jahr für Großvieh 8 Pf. und für Kleinvieh 2 Pf. zu zahlen hat. Das macht nach der letzten Viehzählung jährlich 62,25 Mark aus.

Ueber die Abrechnung der Straßenarbeiten im Siedlungsgebiet wurde ausgiebig gesprochen. Nach dem Kostenanschlag waren rund 60 000 Mark vorgesehen. Tatsächlich sind aber 89 271 Mark, also rund 29 270 Mark Mehrkosten entstanden. Davon sind gedeckt 70 392 Mark, so daß noch 18 879 Mark durch ein Darlehen bei der Kreisparafasse gedeckt werden müssen. Stadtd. Döhrer meinte, daran wäre die eigne Regie schuld, und der Kommunist Ditz behauptete, der Bauerler hätte nicht das notwendige Verhältniß gehabt. Der Vorsteher Genosse Henzel erklärte, es sei ganz anders Steinmaterial genommen, als im Kosten-

Nichts konnte die bürgerlichen Vertreter überzeugen. Sie beharrten auf ihrem Standpunkt, eine Erhöhung der Steuern bedeute den Ruin des gewerblichen Mittelstandes. Sie schlugen vielmehr vor, sämtliche Staatszinsen in den Ausgaben um 10 Prozent zu verringern, soweit sie nicht gesetzlich unabänderlich sind. Ebenfalls schlugen sie Herabsetzung der Reisekosten bei sämtlichen Staatszinsen und die Abschaffung der städtischen Autos vor.

Die Anklage des Ersten Bürgermeisters Hohe war niederschmetternd. Jeder vernünftig denkende Mensch müßte nach den Ausführungen des Bürgermeisters endlich klar sehen, wofür der Beg führt, den die Bürgerlichen vorschlagen. Auch ihr Finanzdeputierter Herzmann forderte abermals

Schluß mit der Pumpwirtschaft.

Und es wurde gegen die Bürgerlichen Schluß gemacht, denn der Antrag des Magistrats, den dieser schon in der Juniverammlung gestellt hatte, wurde in der letzten Versammlung der Stadtverordneten mit 11 gegen acht Stimmen angenommen. Die Mehrheit kam zustande, indem die bürgerlichen Stadtverordneten Herzmann und Derlede

mit den Sozialdemokraten stimmten.

Sie dokumentierten dadurch, daß ihnen das Wohl und Wehe der Stadt näher liegt als die verberbliche Taktik ihrer Fraktionskollegen. Der Antrag sieht eine Erhöhung der Grundbesitzsteuer von 350 auf 400 Prozent, der Gewerbebeitragssteuer von 800 auf 1000 Prozent und der Gemeindefiskalsteuer von 2400 auf 2700 Prozent vor. Durch diese Maßnahme ist die Gewähr gegeben, daß die notwendigen Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt sind. Eine Zwangssetatifizierung durch die Regierung ist abgewehrt. Die Folgen einer Zwangssetatifizierung wären für die Stadt ungeheuer geworden. Ob es dann bei den jetzigen Steuerjahren geblieben wäre, ist eine andre Frage.

5 Jahre bürgerliche Mißwirtschaft

im Stadtparlament haben zumege gebracht, worunter heute jeder Einwohner der Stadt zu leiden hat. Die Abrechnung steht vor der Tür. Die Wähler haben es in der Hand, zu bestimmen, ob es besser werden soll oder nicht. Derjenige, der in den nächsten Jahren noch viel mehr Steuern zahlen will, der wähle Sorgenfroh, Keffler, Malwitz und wie sie alle heißen, jene Stadtväter, die es verstanden haben, aus dem von den Sozialdemokraten gut ausgebauten Fundament einen Trümmerhaufen zu machen! Keiner wird mehr Lust dazu spüren. Alle haben sie die Nase voll von der vielgerühmten „Regierungskunst“ der „Wirtschaftlichen Vereinigung“!

Der Vorschlag vorgelesen war, daher kommen die Mehrkosten. Was die Stadt gerade ohne eigne Regie, also durch Vergeben an Unternehmer, zu zahlen hat, zeigt, daß für die kleine Gasse am Bahnhof 1000 Mark der Stadt an Kosten erwachsen sind. Der Magistrat habe sich nicht an die Stadtverordnetenbeschlüsse gehalten und die Tiefbaukommission nicht gehört. In diesem Sinne sprach auch Genosse Dieß. Dann wurde die Abrechnung der Straßearbeiten im Siedlungsgebiet, die als Koststandsarbeiten durchgeführt sind und 70 Arbeitskräften 4 Monate Lohn und Brot gegeben haben, mit 12 gegen 3 Stimmen angenommen. Es sind vier neue Straßenzüge geschaffen und die Sandwüste dem Wohnungsbau nutzbar gemacht worden. Wenn das so weiter geht, muß im nächsten Jahre eine neue Straße gebaut werden.

Die Feldschuttritte werden von 2 Mark auf 1 Mark je Hektar und Jahr ermäßigt, da nur noch ein Polizeibeamter den Geländeschutz ausübt.

Der Haushaltsplan, der so spät vorgelegt wird, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 350 000 Mark ab (317 860 Mark im Vorjahr). Zur Deckung von 168 743 Mark, welche nicht aus Einnahmen der Stadt und den Steuerüberweisungen gedeckt werden können, sind folgende Zuschläge zu den Realsteuern vorgegeben: vom bebauten Grundbesitz 250 v. H., von unbebauten 350 v. H.; Gewerbesteuer nach dem Ertrag 600 v. H., nach dem Kapital 2100 v. H. Schaftgewerbesteuer nach dem Ertrag 120 v. H., nach dem Kapital 420 v. H.

Stadtd. Struß vom Ordnungsblok sprach gegen den Etat, da er nicht will, daß der behaute Grundbesitz niedriger besteuert wird. Der Kommunist Dieß erklärte sich ebenfalls gegen den Etat, aber weil die Sozialdemokraten immer sagen, die SPD. lehnt alle Mittel ab, will er für den Etat stimmen. Vorsteher Genosse Henzel wies darauf hin, daß eine Abschmung die nochmalige Zwangssetatifizierung nach sich ziehen werde. Davon hätten die Einwohner keinen Vorteil. Stadtd. Krüger (Ordnungsblok) wünschte das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer herbei, gegen das selbst seine Genossenschaftsfreunde sich wenden, die von kommunalpolitischen Dingen Ahnung haben.

Mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die Stimmen des Ordnungsbloks, also mit 8:7, wurde dann der Etat angenommen. Nach dieser Abstimmung entspann sich eine heftige Auseinandersetzung. Die Genossen Wießner, Leuz, Gunderling und Franke jagten den Ordnungsbloks-Leuten bittere Wahrheiten. Ratmann Genosse Benz erklärte, daß ein Teil der Ordnungsbloks-Männer, welche den Etat abgelehnt hätten, keinen Pfennig Steuern zahle, aber dafür die Stadtparafasse ohne Sicherheit in großem Umfang in Anspruch genommen haben.

Der Antrag der Freidenker, einen Urnenhaun anzulegen, wurde dem Magistrat überwiesen mit dem Ziele, zur nächsten Sitzung eine Vorlage zu machen. Es soll nach eine Sitzung stattfinden, in der der Anschlag der Stadtparafasse an die Kreisparafasse beschlossen und der Vertragsentwurf angenommen werden soll. Es wird auch die Straßendennung im Siedlungsgebiet erfolgen. Die eine Straße soll Friedrich-Ebert-Straße, die andre Hindenburg-Straße heißen.

Gewisch

Unfall der Bürgerlichen.

Die Gemeindevorretterversammlung hatte nur zwei Tagesordnungspunkte zu erledigen. Es wurde beschlossen, den Bau des Spritzenhauses vom Schulbau billig abzutrennen und Kostenanschläge von den beiden Gewisler Baufirmen und zwei auswärtigen Zimmermeistern einzuholen. Die Vergabung der Arbeiten erfolgt durch die Schulbau-Kommission.

Dann spielten nochmals die leidigen Schulhausfensterarbeiten eine Rolle. Wir haben berichtet, daß die letzte Gemeindevorretterversammlung einstimmig den Beschluß faßte, die Schulbau-Kommission zu beauftragen, auf die Entfernung der blinden Fensterarbeiten hinzuwirken. Statt dessen hat die bürgerliche Mehrheit der Kommission beschlossen, die Fensterarbeiten vorläufig nicht durch andere zu ersetzen. Unsere Genossen übten scharfe Kritik an dem Beschluß der Schulbau-Kommission, die zur Fassung dieses Beschlusses nicht berechtigt war. Genosse Schreier stellte unter der Zustimmung unserer Genossen fest, daß die Kommission ihre Befugnisse weit überschritten habe, indem sie das Gegenteil ihres Auftrags ausführte.

An der Aussprache beteiligten sich fast sämtliche Gemeindevorretter. Der vom Genossen Schreier erhobene Protest wurde protokolllarisch festgelegt. Auf Antrag der Bürgerlichen wurde dann mit 7:5 Stimmen beschlossen, die blinden Fensterarbeiten im Schulbau zu belassen.

Die Zusammenarbeit unserer Genossen mit den bürgerlichen Gemeindevorrettern konnte während der ganzen 5 Jahre als einigermassen zufriedenstellend bezeichnet werden. Besonders war ein gutes Zusammenarbeiten unter dem früheren Gemeindevorretter Spohn möglich. Zurzeit hat es den Anschein, als wenn man in Gommern eine Gemeindevorretter errichten will. Wir Sozialdemokraten sind bereit, den Festhandelschluß aufzunehmen

Verleben

Die Parteiverammlung war trotz der schmerzen Herbstarbeit gut besucht. Den Geschäfts- und Kassenericht vom 2. Quartal gab der Kassierer. Vom Vorsitzenden, Genossen Ullrich, wurde eingehend Bericht vom Unterbezirksrat erstatet. Zu der Verbeachtung für die Partei, die bis zum 20. Oktober stattfindet, nahm Genosse Wisne das Wort. Zuerst wurde der Versammlung mitgeteilt, daß durch die Werbeweche für die „Volkstimme“ die Verzezahl von 1927 noch nicht wieder erreicht ist. Zur Verbeachtung der Partei möcht Genosse Wisne darauf hin, daß jeder Genosse seine Frau für die Partei gewinnen sollte. Allein damit würde die Werbung mehr als 40 Genossinnen bringen. Das Werbematerial wurde verteilt; außer dem Kassierer meldeten sich die Genossen H. Schott, W. Knappe und A. Dehr. Genosse Thabe (Magdeburg) sprach dann über die Bedeutung der Zeitung. Von Vorschlägen soll der geeignete durchgeführt werden. Zum Schluß gab der Vorsitzende nochmals einen Anstoß zur Werbeweche. Auch die Jugend muß für die Partei gewonnen werden.

Rehmet

Die Waffen unserer Gegner. Schon seit Jahren machen sich bekannte Schmutzspuren des Vergnügens, unter führenden Genossen durch namenlose Schatzkämmerer zu verstreuen. Nachdem diese Lüge einmündig ist, beginnt das Spiel von neuem. Uns ist dieser Schmutz zu gemein, um uns damit näher zu befaßen. Es ist aber nicht schwer zu erraten, was dahinter steckt. Die erforderliche Abrechnung wird zur gegebenen Zeit erfolgen. Mit Bedauern müssen wir aber feststellen, daß auch der Gemeindevorretter dem Anchein nach nicht mit der erforderlichen Unparteilichkeit seines Amtes walte. Wie ist er dazu gekommen, zunächst die Kritik für die Zurückziehung der Wahlvorrichte auf den 14. Oktober anzusetzen, was sie dann, nachdem unsere Vorschläge vorlagen, sofort zu ändern. Läßt das nicht die Vermutung zu, daß man nur Einfluß in unsere Lüge gewinnen wollte? Der Gemeindevorretter darf sich uns nicht erlauben, daß wir Schiedungen ruhig hinnehmen werden.

Wolmirstedt

Die Parteiverammlung war über Erwarten gut besucht. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten-Versammlung und Bericht von der Unterbezirkskonferenz waren die einzigen Punkte auf der Tagesordnung. Der Fraktionsvorsitzende unserer Partei, Genosse Thiele, gab einen Überblick auf die Arbeiten unserer Genossen im bisherigen Stadtverordneten-Parlament. Als Kandidaten für das am 17. November zu wählende Stadtparlament wurden vom Vorstand die folgenden Genossen und Gemeindevorretter vorgeschlagen und nach kurzer Aussprache gegen eine Stimme aufgestellt: 1. Duldhard, 2. Demker, 3. Gänger, 4. Mar-

